



7. NRW-Nachhaltigkeitstagung Neue Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen

3. Juli 2019 im World Conference Center Bonn

Inhalt

Zusammenfassung	3
7. NRW-Nachhaltigkeitstagung in Bonn	
Sustainable Bonn – UN-Hub für nachhaltige Entwicklung	5
Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn und Präsident von ICLEI – Local Governments for Sustainability	
Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie	7
Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW	
Zukunftskunst für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen	10
Podiumsdiskussion I	
Nachhaltigkeit und Digitalisierung in der NRW-Wirtschaft	14
Podiumsdiskussion II	
Schlaglichter zur Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie	18
Zwischenruf	21
Kurzvortrag von Dr. Eckart von Hirschhausen	
Fast Forward Theatre und Markt der Möglichkeiten	23
Workshops	
Nachhaltige Entwicklung in den Regionen NRWs mit Schwerpunkt Metropole Ruhr	26
Gemeinsam für BNE in NRW	29
Zukunftsfähiger Strukturwandel – Kristallisationskeim für eine nachhaltige Entwicklung des Rheinischen Reviers	32
Nachhaltigkeit in der Ernährungswirtschaft	35
Nachhaltige und klimaneutrale Verwaltung	38
Kommunale Klimapartnerschaften und ihr Beitrag zur Erreichung kommunaler und globaler Nachhaltigkeitsziele	41
Nachhaltige Finanzen für ein enkeltaugliches Nordrhein-Westfalen	44
Lutz Lienenkämper, Finanzminister des Landes NRW	
Nachhaltige Finanzen für ein enkeltaugliches Nordrhein-Westfalen	47
Podiumsdiskussion III	
Fazit	50
Abschlussinterview mit Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	
Anhang	
Evaluation	52
Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement	53
Impressum	54

Die 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung fand im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn statt.



Zusammenfassung: Neue Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen

7. NRW-Nachhaltigkeitstagung am 3. Juli im World Conference Center Bonn

Neue Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen standen am 3. Juli 2019 im Blickpunkt der 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung. Rund 400 Akteure aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten im World Conference Center Bonn, wie die Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen weiter vorangebracht werden kann. Als Veranstaltungsort hatten sich die Organisatoren in diesem Jahr bewusst für den ehemaligen Bundestag in der UN-Nachhaltigkeitsstadt Bonn entschieden, in der Oberbürgermeister Ashok-Alexander Sridharan die Tagungsteilnehmenden herzlich begrüßte: „Bonn ist ein Zentrum der Nachhaltigkeit. 20 Organisationen der UN sind hier ansässig, 2017 waren wir Gastgeber der Weltklimakonferenz und gerade erst hat hier die UN-Klimakonferenz als Vorbereitungstreffen für den nächsten Weltklimagipfel Ende des Jahres in Santiago de Chile stattgefunden.“ Bonn ist zudem eine von 15 Modellkommunen in Nordrhein-Westfalen, die am Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ teilgenommen und eine erste Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet hat, wie Sridharan, der auch Präsident von ICLEI – Local Governments for Sustainability ist, herausstellte.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen und Gastgeberin, eröffnete die Tagung und erklärte: „NRW hat als erstes Bundesland 2016 eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die die Sustainable

Development Goals der Vereinten Nationen aufgreift. Dies verstehen wir nicht nur als politisches Programm, sondern als die große Chance für eine nachhaltige Transformation des Landes. Denn NRW ist ein Industrieland und einwohnerstärkstes Bundesland und hat deshalb eine besondere Bedeutung. Das ist eine große Herausforderung.“ Im Rahmen der Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie strebt die Ministerin künftig ein besseres Ineinandergreifen mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie an. Das Land will zudem seine Nachhaltigkeitsbestrebungen noch weiter intensivieren: „Wir müssen ehrgeiziger sein. Das Jahr 2018 hat die Auswirkungen des Klimawandels gezeigt. Der Klimawandel ist bei uns angekommen. Wir müssen transformieren.“ Nordrhein-Westfalen könne zeigen, wie Nachhaltigkeit gelingen kann, betonte Ursula Heinen-Esser und bezog sich damit unter anderem auf den Ausstieg aus der Stein- und Braunkohleförderung und die Chancen, die der Strukturwandel in den alten Kohlerevieren mit sich bringt. „Ich wünsche mir in der Zukunft ein Rheinisches Revier als Modellregion für nachhaltige Entwicklung – mit einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft, Bioökonomie und Circular Economy“, so die Ministerin.

Nach einer ersten künstlerischen Einstimmung durch das Improvisationstheater Fast Forward aus Marburg lautete der Titel der ersten Diskussionsrunde „Zukunftskunst für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen“. Moderiert von



Die Gastgeberin der Nachhaltigkeitstagung: NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser.

Dr. Tanja Busse fand ein reger Austausch zwischen Ministerin Ursula Heinen-Esser, Dr. Reimar Molitor (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Region Köln/Bonn e.V.), Dr. Birgit Schneider-Bönninger (Kultur- und Sportdezernentin der Stadt Bonn) und Prof. Dr. Uwe Schneidewind (Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie) statt.

Eine zweite Diskussionsrunde nahm im Anschluss das Thema Nachhaltigkeit und Digitalisierung in der NRW-Wirtschaft in den Blick. Prof. Dr. Günther Bachmann (Generalsekretär des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung/RNE), Christoph Dammermann (Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW), Dr. Michael Raß (Geschäftsführender Gesellschafter der fjol GmbH und Beirat des ZNU-Zentrum für Nachhaltige Unternehmensführung) sowie Prof. Dr. Ulrike Detmers (Gesellschafterin, Mitglied der Geschäftsführung und Sprecherin der Mestemacher-Gruppe), die via Skype zugeschaltet war, stellten ihre Positionen und künftige Entwicklungsmöglichkeiten vor.

Anschließend warfen Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in sechs kurzen Statements Schlaglichter auf Möglichkeiten der Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Der Moderator, Mediziner und Kabarettist Dr. Eckart von

Hirschhausen stellte in einem humoristischen und mahnenden Kurzvortrag seine Sicht auf den Stand der Nachhaltigkeit im Land dar. Sein Fazit: „Wir müssen nicht die Umwelt schützen, sondern unseren Arsch retten. Scheinbar ist noch längst nicht angekommen, dass wir in den nächsten zehn Jahren entscheiden, wie die nächsten zehntausend Jahre auf diesem Planeten aussehen.“ Eine These, die in der folgenden Mittagspause für weiteren Gesprächsstoff sorgte. Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung bot zudem der „Markt der Möglichkeiten“, auf dem neue Ideen, Praxisbeispiele und Zukunftsvisionen präsentiert wurden.

Nach der Mittagspause gaben sechs parallele Workshops den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen und mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen im Landtag zu diskutieren. Die nachhaltige Entwicklung in der Metropole Ruhr stand dabei ebenso im Fokus wie ein zukunftsfähiger Strukturwandel für eine nachhaltige Entwicklung des Rheinischen Reviers. Weitere Aspekte des Austauschs waren Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in NRW, Nachhaltigkeit in der Ernährungswirtschaft sowie eine nachhaltige und klimaneutrale Verwaltung. Ein weiterer Workshop richtete die Aufmerksamkeit auf kommunale Klimapartnerschaften in NRW.

Nach einer kurzen Pause führte NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper in das Thema „Nachhaltige Finanzen für ein enkeltaugliches Nordrhein-Westfalen“ ein und stellte die erfolgreichen NRW-Nachhaltigkeitsanleihen und neue, nachhaltige Aktienindizes für den NRW-Pensionsfonds vor: „NRW hat seit 2015 bereits fünf Nachhaltigkeitsanleihen mit einem Gesamtvolumen von mehr als acht Milliarden Euro emittiert. Diese Anleihen finanzieren Projekte des Landes aus den Bereichen Forschung, Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur, Klimaschutz sowie Energiewende und sind im Markt derzeit besonders attraktiv. Das verdeutlicht, dass Nachhaltigkeit gerade auch für die öffentlichen Finanzen nicht nur unerlässlich, sondern auch lohnend ist.“ Anschließend diskutierte der Finanzminister mit Peter Bednarz (Stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendrings NRW), Prof. Dr. Dörte Diemert (Kämmerin der Stadt Köln), Carola Gräfin von Schmettow (Sprecherin des Vorstands von HSBC Deutschland) und Jens Schmidt-Bürgel (Geschäftsführer Moody's Deutschland) über den Stellenwert der finanziellen Nachhaltigkeit.

In einem abschließenden Fazit fasste Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, im Gespräch mit Moderatorin Dr. Tanja Busse die wesentlichen Erkenntnisse des Tages zusammen. „Wir müssen die Menschen erreichen. Nachhaltiges Leben und Wirtschaften muss zur Normalität werden und sollte nicht von der Politik vorgegeben sein.“ Dazu wird Nordrhein-Westfalen nun die Nachhaltigkeitsstrategie von 2016 weiterentwickeln und die vielfältigen Elemente und Fragestellungen, die im Rahmen der Tagung angesprochen wurden, mitdenken.



Sustainable Bonn – UN-Hub für nachhaltige Entwicklung

Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn und Präsident von ICLEI – Local Governments for Sustainability

Sehr geehrte Frau Ministerin Heinen-Esser,
sehr geehrter Herr Prof. Bachmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich hier im World Conference Center Bonn. Ich freue mich, dass die diesjährige NRW-Nachhaltigkeitstagung hier bei uns in Bonn stattfindet und heiße Sie alle sehr herzlich willkommen.

Wir befinden uns hier an einem ganz besonderen Ort – im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Am 1. Juli 1999 fand hier die letzte Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn statt, bevor das Parlament nach Berlin umzog. Seit Herbst 1999 ist dieser Plenarsaal Teil des World Conference Center Bonn und ist damit zugleich ein Symbol des Strukturwandels unserer Stadt – von der ehemaligen Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Stadt der Vereinten Nationen und einem Zentrum für nachhaltige Entwicklung.

Gleich nebenan, rund um das ehemalige Abgeordneten-hochhaus „Langer Eugen“, befindet sich heute der UN Campus. 20 Organisationen der Vereinten Nationen mit rund 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind hier in Bonn ansässig. Sie alle arbeiten unter dem gemeinsamen Motto „UN Bonn – für nachhaltige Entwicklung weltweit“ und bilden damit das Herzstück des Nachhaltigkeitsclusters Bonn.

Die wohl bekannteste UN-Organisation in Bonn ist das Klimasekretariat der Vereinten Nationen, das von hier aus die weltweiten Klimaverhandlungen lenkt und steuert. Jedes Jahr im Juni treffen sich einige Tausend Delegierte der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen hier in Bonn, um die jährlichen Klimakonferenzen der Vereinten Nationen vorzubereiten. 2017 war Bonn selbst Gastgeber der 23. Weltklimakonferenz unter der Präsidentschaft der Republik Fidschi. Mit rund 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war dies die größte internationale Konferenz, die bislang in NRW und Deutschland stattgefunden hat und sie hat erheblich zur Wahrnehmung unserer Stadt als Nachhaltigkeitsstandort beigetragen.

Aber nicht nur die Vereinten Nationen tragen zum Nachhaltigkeitsprofil unserer Stadt bei. Auch die zahlreichen hier in Bonn ansässigen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit – von Bundesministerien über Durchführungsorganisationen wie GIZ oder Engagement Global bis hin zu nationalen und internationalen Nicht-regierungsorganisationen – sind wichtige Akteure des Nachhaltigkeitsclusters.

Eine große Rolle spielen auch die Wissenschaft und die Wirtschaft. In der „Bonner Allianz für Nachhaltigkeitsforschung“ haben sich unter Leitung der Universität Bonn zahlreiche Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen. Im Mittelpunkt des – auch vom Land NRW geförderten – Netzwerks steht der Aufbau eines „Innovationscampus Bonn“ als ein Ort des direkten Austausches und Dialoges zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch die Stadt Bonn selbst ist dem Thema Nachhaltigkeit seit langer Zeit verpflichtet. Schon seit über zwei Jahrzehnten engagieren wir uns in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Städten in Schwellen- und Entwicklungsländern. Seit einigen Jahren unterhalten wir zusätzlich Klimapartnerschaften, unter anderem mit Cape Coast in Ghana und La Paz in Bolivien, die von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global finanziell unterstützt werden. Auch die Lokale Agenda-Arbeit hat in Bonn eine lange Tradition. Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 durch die Vereinten Nationen im Jahre 2015 hat das Thema Nachhaltigkeit einen neuen Schub erfahren.

Als eine von 15 Modellkommunen in Nordrhein-Westfalen hat Bonn im Rahmen des Programms „Global Nachhaltige Kommune NRW“ eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, die sich an der Agenda 2030 orientiert. Diese wurde im Frühjahr vom Stadtrat verabschiedet. Dem vorausgegangen war ein fast zweijähriger partizipativer Prozess, in den alle städtischen Dezernate sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft eingebunden waren.

Unsere Nachhaltigkeitsstrategie formuliert Leitlinien und Ziele aber auch konkrete Maßnahmen für die nächsten Jahre in sechs thematischen Schwerpunktfeldern und gibt damit die Richtung vor, in der Bonn sich künftig weiterentwickeln will.

Dabei möchten wir auch die Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen:

Mit unserer neuen Klimaschutzkampagne unter dem Motto „Neu denken. Einfach handeln. Gemeinsam fürs Klima.“ zeigen wir, was jeder Einzelne von uns tun kann, um den Alltag klimafreundlicher zu gestalten. Gerne informieren wir Sie hierzu auch in der Mittagspause auf dem Markt der Möglichkeiten.

All dies sind aber nur erste Anfänge. Wenn wir die Pariser Klimaziele erreichen und die Agenda 2030 auch auf lokaler Ebene umsetzen wollen, benötigen wir eine umfassende gesellschaftliche Transformation und ein stärkeres Engagement aller Ebenen. Als Präsident von ICLEI, dem weltweit größten Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit mit über 1.750 Mitgliedskommunen und -regionen weltweit, setze ich mich dafür ein, dass Kommunen in internationale Verhandlungen stärker einbezogen werden. Ein gutes Beispiel hierfür war eine Veranstaltung im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen vergangene Woche in Bonn mit über 40 hochrangigen Städtevertreter/innen zu Klimawandel, Mobilität und Klimaanpassung. Hierzu hatte Polen in seiner Funktion als COP 24-Präsidentschaft, das UN-Klimasekretariat und ICLEI gemeinsam eingeladen.

Um Veränderungen herbeizuführen ist es wichtig, miteinander zu sprechen und voneinander zu lernen. Hierzu leisten Veranstaltungen wie die heutige NRW-Nachhaltigkeitstagung einen wichtigen Beitrag. Deshalb freue ich mich, dass Sie heute alle hier sind. Besonders gespannt bin ich auf die Diskussion über „Zukunftskunst für ein nachhaltiges NRW“, an der auch unsere Kultur- und Sportdezernentin, Frau Dr. Schneider-Bönninger, teilnehmen wird. Ein ganz herzliches Dankeschön gilt Ihnen, Frau Ministerin Heinen-Esser, sowie allen Unterstützern der heutigen Tagung! Ihnen allen wünsche ich eine interessante Veranstaltung und hoffe, dass Sie viele Impulse und Anregungen für Ihre eigene Arbeit mit nach Hause nehmen werden.



Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Landtags, sehr geehrter Herr Dammermann, sehr geehrter Herr Dr. Bottermann, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Bachmann, sehr geehrter Herr Dr. von Hirschhausen, sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung und ich freue mich, dass wir heute in der Bundesstadt Bonn in diesen geschichtsträchtigen Räumlichkeiten zu Gast sein dürfen. Ich war dabei, als hier die letzte Sitzung des deutschen Bundestages stattgefunden hat, und ich empfinde die Räumlichkeiten immer noch als sehr angenehm und passend für unsere Tagung heute.

Wir sind hier in Bonn und Bonn ist nicht nur Bundesstadt, Bonn ist – wie von Herrn Oberbürgermeister bereits ange-



sprochen – auch das UN-Kompetenzzentrum für Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Nennen möchte ich das Sekretariat der Klimarahmenkonvention, das erst vor wenigen Wochen wieder zum Vorbereitungstreffen für die nächste COP nach Bonn eingeladen hat. Nennen möchte ich auch den Weltbiodiversitätsrat (IPBES), der ebenfalls hier in Bonn seinen Sitz hat, von dem Anfang Mai mit einer Studie zum alarmierenden Zustand der Artenvielfalt ein international weit beachteter Weckruf ausging. Dieser Bericht lässt keinen Zweifel daran, dass wir derzeit eines der größten Artensterben der Menschheitsgeschichte erleben. Neu an dem Bericht ist, dass er den Artenschwund nicht isoliert betrachtet, sondern in Zusammenhang mit der zweiten, die Menschheit bedrohenden Krise beleuchtet, dem Klimawandel. Die ernüchternden Ergebnisse der Studie werden im Mittelpunkt der nächsten UN-Konferenz zur biologischen Vielfalt im nächsten Jahr in China stehen.

Die Landesregierung NRW möchte Bonn als UN-Standort weiter stärken – als Kompetenzzentrum für Nachhaltig-

keit und internationale Politik, als Innovations- und Wissenschaftszentrum. Dies hat Ministerpräsident Armin Laschet erst vor zwei Wochen bei seinem Besuch in Bonn bekräftigt und viele Ministerien der Landesregierung arbeiten daran mit. In Bonn wird Nachhaltigkeit auch außerhalb des UN-Campus gelebt und gesteuert: Bonn hat – Sie erwähnten es bereits, Herr Oberbürgermeister – als eine von 15 Vorreiter-Kommunen in Nordrhein-Westfalen am Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ teilgenommen. Mit Unterstützung der LAG 21 NRW haben Sie eine erste Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bonn erarbeitet. Die Strategie wurde im Februar dieses Jahres verabschiedet. Jetzt beginnt die Umsetzung und mit ihr die eigentliche Arbeit. Ich freue mich, dass das Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“ jetzt in die zweite Runde geht. 15 weitere NRW-Kommunen werden wir gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) darin unterstützen, im partizipativen Prozess kommunale Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten.

Spätestens seit den 2015 verabschiedeten sogenannten SDGs (Sustainable Development Goals) sind uns in NRW die Konsequenzen klar, die mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verbunden sind. Die UN hat eine breite gesellschaftliche Entwicklung vor Augen. Die globalen Nachhaltigkeitsziele berühren eine breite Themenpalette von der Armutsfrage über die Energieversorgung bis zu Gesundheit, Bildung und Städteplanung. NRW hat als erstes Bundesland eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die diese Sustainable Development Goals umfassend aufgreift. Dies verstehen wir nicht nur als politisches Programm, sondern als die große Chance für eine nachhaltige Transformation des Landes. Denn NRW ist ein Industrieland und einwohnerstärkstes Bundesland und hat deshalb eine besondere Bedeutung. Das ist eine große Herausforderung.

Ich komme zur Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie: Die Strategie wird derzeit überarbeitet. Dabei soll das Ineinandergreifen mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verbessert werden. Diese orientiert sich seit ihrer letzten Überarbeitung 2017 auch in ihrer Struktur stark an den SDGs. Wir haben uns zwischen den Ministerien bereits darauf verständigt, die Gliederung einer weiterentwickelten NRW-Nachhaltigkeitsstrategie ebenfalls an den SDGs zu orientieren. Insgesamt müssen wir ehrgeiziger sein. Das Jahr 2018 hat die Auswirkungen des Klimawandels gezeigt. Der Klimawandel ist bei uns angekommen. Wir müssen transformieren.

Darüber hinaus muss sich die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie stärker als bisher auf Fragen fokussieren, bei denen NRW besonders betroffen ist: Das bezieht sich natürlich vor allem auf den Ausstieg aus der Stein- und Braunkohleförderung und die Herausforderungen, die der Strukturwandel in den alten Kohlerevieren mit sich bringt. Ich bin sehr froh über die ausdrückliche Empfehlung der bundesweiten Kohle-Kommission zum Ausstieg aus der

Kohleverstromung, die Strukturhilfen des Bundes im Sinne der Sustainable Development Goals einzusetzen. Das betrifft zum Beispiel das Rheinische Revier. Neue Branchen entstehen selten aus dem Nichts, sie benötigen eine staatliche Anschubfinanzierung, die erst kostet und sich dann später auszahlt. Es muss unser Ziel sein, dass in den kommenden 20 Jahren tausende neue hochwertige Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Gewerbe sowie in neuen Zukunftsbereichen entstehen. Ich wünsche mir für das Jahr 2040 ein Rheinisches Revier als Modellregion für nachhaltige Entwicklung – mit einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft, Bioökonomie und Circular Economy. Hier können wir zeigen, wie Nachhaltigkeit tatsächlich gelingen kann.

Wie wir in NRW mit den Zielkonflikten im Dreieck Ökologie, Ökonomie und Soziales umgehen, vor allem in den Strukturwandelregionen, aber auch in den ländlichen Räumen – dazu bedarf es eines breiten Konsenses im Kabinett, der nicht ganz leicht zu erreichen sein wird.

Nicht zuletzt kommen viele Überlegungen zur erneuerten Nachhaltigkeitsstrategie von Akteuren aus Verbänden und Zivilgesellschaft, die ich sehr schätze: aus dem Fachforum Nachhaltigkeit, vom TEAM Nachhaltigkeit und vom Dialog Chefsache Nachhaltigkeit, der aus den kommunalen Spitzenverbänden und 15 hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus Städten, Gemeinden und Kreisen besteht.

Zugleich ist die Nachhaltigkeit in vielen NRW-Unternehmen längst angekommen. Diese Unternehmen zeigen uns, wie Digitalisierung zur Nachhaltigkeit beiträgt und wie Nachhaltigkeit im Finanzsektor eine immer größere Rolle spielt. Ich freue mich auf die vielen hochkarätigen Referenten und insbesondere auch Referentinnen!

Ihnen allen wünsche ich heute viele neue Erkenntnisse und wertvolle Gespräche. Vielen Dank!



Podiumsdiskussion I: Zukunftskunst für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen

Teilnehmer:

Dr. Reimar Molitor, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Region Köln/Bonn e.V.

Dr. Birgit Schneider-Bönninger, Kultur- und Sportdezernentin der Stadt Bonn

Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

„Das Wort Zukunftskunst gibt uns neue Energie.“ – Mit diesen einleitenden Worten eröffnete Moderatorin Dr. Tanja

Busse die erste Diskussionsrunde und spielte damit auf das Werk „Die Große Transformation“ von Prof. Dr. Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut an. Dieser beschrieb zu Beginn der Diskussion zunächst, was sich hinter dem Begriff verbirgt: „Die Zukunftskunst soll uns dabei helfen, herauszukommen aus dem akademischen Elfenbeinturm, in dem wir als Wissenschaftler häufig sitzen.“ Aus seiner Sicht gebe es gewisse Defizite in der Herangehensweise, mit der wissenschaftliche Erkenntnisse in die Welt gerufen werden – schließlich sei die Bevölkerung in den vergangenen Jahren kaum erreicht worden. „Im künstlerischen Bereich gibt es eine ganz andere Energie, die die Inhalte transportiert“, so Schneidewind. „Deshalb gibt es dort mehr Interesse an den Themen.“ Mithilfe der Zukunftskunst solle diese Energie auch auf die Wissenschaft übertragen werden.

Kunst als Beweggrund für die Transformation

Wie diese Energie nun die Menschen erreicht und sie zur Transformation bewegt, war eine Frage, die Dr. Tanja

Busse an Dr. Birgit Schneider-Bönninger richtete. „Es ist für mich ein Glücksfall, in der UN-Klimastadt Bonn zu wirken, wo Nachhaltigkeit zur DNA der Stadt gehört. Bonn steht ganz klar für Zukunft. Und die Zukunftskunst ist für uns das Handwerkszeug zur nachhaltigen Entwicklung“, erklärte Schneider-Bönninger, die seit März 2019 Kultur- und Sportdezernentin der Stadt Bonn ist. Die Kunst sei Beweggrund für die Transformation zur Nachhaltigkeit. „Kunst vermittelt emotionale Bilder. Sie motiviert und setzt Gestaltungskräfte frei. Dabei verstehe ich Kunst und Kultur vorrangig als Austausch, als eine Art Stadtgespräch, in das möglichst viele Menschen ihre Bedürfnisse und ihre Ideen gleichermaßen einbringen können“, so Schneider-Bönninger weiter. Als Kulturdezernentin will sie mit partizipativen Kunst- und Kulturprojekten das gesellschaftliche Bewusstsein für die nachhaltige Entwicklung weiter stärken und dabei auch durchaus noch neue Zielgruppen ansprechen. Ein Praxisbeispiel dafür ist das Tanzprojekt zur 25-jährigen Städtepartnerschaft zwischen Bonn und Minsk. Die Tänzer imitierten Tiere, die in Plastik verendet sind. „Nachhaltigkeit muss nahegehen, die Sustainable Development Goals müssen fühlbar werden“, betonte Schneider-Bönninger.

Neue Chance für das Braunkohlerevier

Welchen Anteil das Umweltministerium an dieser Entwicklung haben kann, wollte die Moderatorin von Ministerin Ursula Heinen-Esser wissen. Heinen-Esser verwies auf den Beschluss, bis spätestens 2038 aus der Kohle auszuweichen. „Das ist ein langer Zeitraum, in dem man wirklich Chancen hat, hier etwas neu aufzubauen“, erklärte die Ministerin. Es gebe bereits zahlreiche Planungen und eine umfangreiche Liste von Projekten für das Rheinische Revier. „Wir sprechen hier von 15 Milliarden Euro, die zur Verfügung stehen, um eine ganze Region modern und nachhaltig aufzubauen. Da muss man sich jetzt in Ruhe mit den Verantwortlichen vor Ort zusammensetzen und schauen, welche Projekte man tatsächlich realisieren kann“, so Heinen-Esser weiter. Die Menschen vor Ort hätten längst erkannt, dass sich hier eine große, neue Chance



Umweltministerin Ursula Heinen-Esser



Dr. Reimar Molitor

für die Region auftut. Zudem hätten sie ihre Flexibilität in der Vergangenheit bereits hinreichend unter Beweis gestellt, sagte die Ministerin und erinnerte daran, dass im Braunkohlerevier ganze Dörfer umgesiedelt wurden: „Jetzt haben die Menschen eine Chance, ihre Region auf viele Jahre hin zukunftssicher zu gestalten.“ Dafür koordiniere das Wirtschaftsministerium den Prozess. Die Planungen mit den Partnern vor Ort würden dafür sorgen, dass sich im Braunkohlerevier auch Unternehmen ansiedelten. „Und diese Unternehmen werden wir finden. GreenTech ist hier ein großes Thema. Es gibt immer mehr Start-ups in diesem Bereich, die wir als Umweltministerium begleiten und die wir gut ins Rheinische Revier holen können“, so die Ministerin weiter.

Positive (Zukunfts-)Bilder schaffen

Dr. Reimar Molitor, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Region Köln/Bonn e.V., entwickelte diese Idee weiter. „Wenn wir die Transformation zur Nachhaltigkeit in Zukunftskunst übersetzen, müssen wir aber auch positive Bilder schaffen“, meinte Molitor insbesondere mit Blick auf die nachhaltige Regionalentwicklung des Rheinischen Reviers nach dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung. „Wir dürfen die Menschen nicht mit ihren Ängsten um den Verlust von Arbeitsplätzen zurücklassen, sondern müssen ihnen Bilder einer ambitionierten Zukunft vermitteln. Denn wir haben im Rheinischen Revier die einmalige Chance, etwas wirklich Neues und Schönes in Europa zu schaffen. Das müssen wir den Menschen vor Ort zeigen und dafür brauchen wir neue Bilder. Nach dem Tagebau sehen wir dann keine Restseen, sondern Motive wie am Chiem- oder am Tegernsee“, erklärte Molitor. „Aber wie trifft Bottom-up auf Top-down? Wie binden wir die Menschen im Rheinischen Revier in die Transformation ein? Welche Projekte und Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung gibt es dort heute schon und welche Relevanz besitzen diese für den Strukturwandel?“, beschrieb Molitor die zentralen Fragen einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung und betonte: „Die Menschen haben ein Recht darauf, dass die nachhaltige Entwicklung zu einem schönen Zukunftsbild wird.“

Kraftzentren für Europa

Prof. Dr. Uwe Schneidewind nannte daraufhin die Dimension, die man sich vor Augen führen müsse: „NRW hat



Prof. Dr. Uwe Schneidewind

lange Zeit mit einem rückwärtsgewandten Blick agiert – und nun entwickelt sich hier die Zukunft. In unserer Region gibt es hochintensive urbane Agglomerationsräume, in denen Transformationen schon heute stattfinden. Dort, im Dreieck zwischen Düsseldorf, Köln, Bonn und Aachen, ist beinahe fassbar, dass Kraftzentren für ein nach vorne gewandtes Europa entstehen können.“ Man müsse sich vergegenwärtigen, so Schneidewind, dass die Situation in NRW fundamental anders sei als beispielsweise in den östlichen Bundesländern. Denn hier entscheide sich, wie sich das Zusammenleben einer multikulturellen Gesellschaft im Hinblick auf Lebensqualität, technologische Errungenschaften und die Digitalisierung entwickelt. „Wenn es uns hier nicht gelingt, im guten Zusammenspiel der Akteure Zukunftsräume umzusetzen, haben wir ein echtes Problem im Rest Europas. Es ist ein großes Geschenk, das dieser Region und diesem Land zuteil wird, aber auch eine große Verantwortung“, fasste Schneidewind zusammen.

Transformation im Ruhrgebiet

„Der Aufbruchgeist ist bei vielen schon da“, betonte Ursula Heinen-Esser und ergänzte: „Die Wirtschaft ist uns in der Politik mitunter schon ein großes Stück voraus.“ Als Beispiel führte sie das Unternehmen ThyssenKrupp an, das es sich zum Ziel gesetzt hat, bis in die 2030er-Jahre zu dekarbonisieren. Dies zeige, dass das Thema tatsächlich bei den Menschen, aber auch bei den Unternehmen angekommen sei. Die andere große Region, in der es um die Transformation gehe, sei das Ruhrgebiet. „Für das Ruhrgebiet war der Einbruch ungleich stärker als es hier im Rheinischen Revier der Fall sein wird. Ich glaube, das kann man so sagen. Aber wir sehen heute viele Leuchtturmprojekte im Ruhrgebiet“, so die Ministerin. Als Landesregierung habe man die Ruhr-Konferenz entwickelt, um neue Themen und Projekte für das Ruhrgebiet zu konzipieren. Dabei gehe es zum Beispiel um grüne Infrastrukturen und grüne Technologien. Die Transformation der Wirtschaft im Ruhrgebiet gehe voran, ist Heinen-Esser überzeugt.

Die Transformation zur Nachhaltigkeit biete den Menschen

die Chance zu einer gemeinsamen Weiterentwicklung, erklärte auch Dr. Birgit Schneider-Bönninger und stellte heraus: „Dabei müssen wir die Kunst und Kultur mitden-



Dr. Birgit Schneider-Bönninger

ken als eine tragende Säule in nachhaltigen Prozessen. Künstler sind die Visionäre, die neue Bilder schaffen und vermitteln. Kunst und Kultur wirken wie ein Katalysator und erhöhen die positiven Reaktionen auf anstehende und notwendige Veränderungen.“

Experimentierräume für Mobilitätsmodelle

Auf die Frage der Moderatorin nach konkreten Bildern für angewandte Zukunftskunst startete Prof. Dr. Uwe Schneidewind die Diskussion um die Mobilität als zentrale Arena der nachhaltigen Entwicklung. „In der deutschen Industrie und Wirtschaft sind die Mindsets für Nachhaltigkeit bereits vorhanden“, so der Experte vom Wuppertal Institut. „Anders sieht das im Mobilitätsbereich aus: Hier spürt man noch Widerstände aus der Bevölkerung.“ Eine spannende Herausforderung sei es deshalb, neue digitale Möglichkeiten mit urbaner Lebensqualität zu verbinden, um Experimentierräume für Mobilitätsmodelle zu schaffen. Ebenfalls interessant sei es laut Schneidewind, zu schauen, wo die ersten Städte in NRW die Mobilität der Zukunft vorleben – zum Beispiel durch den Einsatz von E-Rollern – und davon in der gesamten Region zu lernen. „Darüber



Das Podium von links nach rechts: Umweltministerin Ursula Heinen-Esser, Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Moderatorin Dr. Tanja Busse, Dr. Birgit Schneider-Bönninger und Dr. Reimar Molitor.

hinaus greifen die Experimentierräume auch ganz tief in andere Lebensstile hinein: Es gibt etwa Verbindungen zur Konsumkultur und Ähnlichem“, ergänzte Schneidewind. Dr. Birgit Schneider-Bönninger nahm den Faden auf: „In Bonn können wir bereits eine Vielzahl solcher Experimentierräume nutzen. Mit unserer Smart-City-Strategie schaffen wir ja auch digitale Formate für die nachhaltige Entwicklung.“ Zudem errichteten Unternehmen oder auch wissenschaftliche Einrichtungen in der gesamten Stadt digitale Nachhaltigkeitslabs. 80.000 Menschen seien in Vereinen organisiert. „Da wird Kultur zum Experimentierraum schlechthin. Mein Dezernat an der Schnittstelle von Sport, Kultur und Gesellschaft ist da gewissermaßen ein digitales Stadtlabor, das die Entwicklungen auch ethisch reflektiert“, meinte Dr. Birgit Schneider-Bönninger.

Neue Beteiligungsformate

Dr. Reimar Molitor sah gerade im Sektor Mobilität große Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung. In einer Region mit zahlreichen Kommunen und einer Vielzahl von Berufspendlern gebe es viele Einzelinteressen: „Da müssen wir Raumkulissen für Entscheidungen schaffen und die richtigen Maßstäbe setzen“, forderte Molitor eine Gesamtvision für das Rheinische Revier und seine nachhaltige „Kolonialisierung“ – oder besser „Neubesiedlung“, wie aus dem Publikum angemerkt wurde. Die Infrastrukturplanung mit Verkehrs- und Bahnwegen müsse der Ansiedlung von Menschen und Unternehmen vorausgehen. Danach griff Molitor noch einmal seine Forderung nach neuen Beteiligungsformaten auf und wandte sich explizit an die Politik: „Das Rheinische Revier muss gelingen. Dafür brauchen wir neue Planungsinstrumente und neue Beteiligungsformate. Für die Transformationen brauchen wir eine ambitionierte Zukunftsvision, einen Sprung nach vorne. Wir dürfen nicht den Fehler der Fortschreibung machen, sondern wir müssen uns trauen, zu springen. Das ist jetzt auch die Kunst der Politik.“

Zielkonflikte auflösen

Im Anschluss betonte die Ministerin, wie gut sich Vernetzung und Austausch in Nordrhein-Westfalen mittlerweile gestalten. „Ich bin sehr optimistisch, dass es gerade im Rheinischen Revier gelingen wird, zu zeigen, was nachhaltige Umsetzung tatsächlich auch bedeutet. Wir können Mut machen und demonstrieren, wie Transformation gelingen kann.“ Abschließend sprach Heinen-Esser einige der noch bestehenden „Baustellen“ an, darunter effiziente versus nachhaltige Landwirtschaft. Das Thema „sauberes Wasser“ beispielsweise betreffe neben der Landwirtschaft auch die Industrie. „Diese Zielkonflikte müssen in den nächsten Monaten und Jahren aufgelöst werden. Das gelingt nur mit sogenannten Mediationsprozessen, in denen sie Ökonomie und Ökologie zusammendenken. Das ist ein schwieriger Prozess und deshalb müssen wir insgesamt das Thema ökologische, soziale Marktwirtschaft verändern. Wenn wir das tun, haben wir eine gute Chance, die Zielkonflikte zu lösen.“



Podiumsdiskussion II: Nachhaltigkeit und Digitalisierung in der NRW-Wirtschaft

Teilnehmer:

Prof. Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung/RNE

Christoph Dammermann, Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW

Prof. Dr. Ulrike Detmers, Gesellschafterin, Mitglied der Geschäftsführung und Sprecherin der Mestermacher-Gruppe

Dr. Michael Raß, Geschäftsführender Gesellschafter der fjoI GmbH und Beirat des ZNU-Zentrum für Nachhaltige Unternehmensführung

Moderation:

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Mit der Frage, ob das Thema Nachhaltigkeit mittlerweile in der Wirtschaft angekommen sei, eröffnete Dr. Tanja Busse die zweite Diskussionsrunde. Leider sei dies jedoch noch längst nicht überall der Fall, lautete die ernüchternde Antwort von Prof. Dr. Günther Bachmann. „Aber die Anzahl derjenigen, die das Nachhaltigkeits-Thema an sich heranlassen, die wird größer. Das Positive überwiegt“, so der Generalsekretär des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung. Über 500 Unternehmen im Land würden bereits den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) nutzen. „Viele dieser Unternehmen bringen ihre Nachhaltigkeitsklärung in den öffentlichen Raum, aber noch viel mehr Firmen nutzen ihn intern für Strategieprozesse. Aber der Mut, damit an die Öffentlichkeit zu gehen und sich zu exponieren, der ist noch eher gering“, gab Bachmann zu bedenken. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex sei als Hilfestellung für Unternehmen entwickelt worden. Er gibt denjenigen, die freiwillig berichten möchten, 20 Kriterien an die Hand und ermöglicht den Vergleich mit anderen Firmen der Branche. Es handle sich dabei jedoch um ein freiwilliges Instrument.

„Die Zukunft des DNK liegt in der Öffentlichkeit. Ich plädiere in der Politik dafür, einen öffentlichen Datenraum zu schaffen, in dem Unternehmen die sozialen, ökologischen Daten ihres Geschäftsfeldes einbringen und transparent zur Verfügung stellen können“, betonte der Generalsekretär.

Pflicht zur Nachhaltigkeit?

„Wie sieht es denn konkret mit der Pflicht der Wirtschaft zur Nachhaltigkeit, also der sogenannten Corporate Social Responsibility (CSR), aus?“, fragte Moderatorin Dr. Tanja Busse nach. „Ich bin nicht davon überzeugt, das Pflichten überhaupt helfen“, erklärte der Generalsekretär. Was treibt, so Bachmann, sei die simple Frage: Werde ich mein Geschäftsfeld in den kommenden zehn Jahren genauso weiterführen wie bisher? „Wer hier auch nur den geringsten Zweifel hat, ist natürlich eingeladen, einmal über Klima, Biodiversität und so weiter nachzudenken. Das treibt an. Das hat bei der Wirtschaftskrise 2008 so richtig angefangen und es treibt die Finanzexperten, die nun über das System nachdenken, weiter an“, ist sich der Experte sicher.

Über die eigene Generation hinausblicken

Vielen Unternehmen sei zwar bewusst, dass etwas getan werden müsse. Ihr Blick gehe jedoch nach wie vor in Richtung Politik, sagte Dr. Tanja Busse und übergab das Wort an Staatssekretär Dammermann. Dieser stellte klar, dass es keine Gleichung „Klimaschutz = Umweltschutz = Nachhaltigkeit“ gebe. Zwar hätten die drei Aspekte etwas miteinander zu tun, es seien jedoch immer noch drei unterschiedliche Themen, zu denen es auch unterschiedliche Zugänge gebe. „Der Begriff Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und baut auf einem simplen Leitsatz: Alles, was ich nutzen will, sollte nicht mehr sein als das, was in einem bestimmten Zeitraum nachwächst“, so Dammermann. „Das ist im Grunde die DNA der Familienunternehmen.“ Für sie bedeute genau dieses Prinzip Nachhaltigkeit: zu überlegen, was man tun kann, damit das Unternehmen, der Markt, die Ressourcen auch für die nächste Generation noch vorhanden sein werden. „Mittlerweile haben viele nordrhein-westfälische Unternehmen es geschafft, den Blick über die Generati-



Christoph Dammermann



Prof. Dr. Günther Bachmann

onen hinweg zu werfen und soziale sowie globale Punkte zu bearbeiten“, erklärte der Staatssekretär. „Nun steht die Dringlichkeit im Vordergrund, sich speziell mit ökologischen Fragen der Nachhaltigkeit zu beschäftigen.“ Dabei solle klar sein, dass Nachhaltigkeit kein Algorithmus sei. Vielmehr könne man aus Sicht der Unternehmen und der Politik zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen dahingehend kommen, was nachhaltig sei. Dammermann stellte heraus: „Wir ringen darum, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, um wirksame Instrumente im Sinne der Nachhaltigkeit zu erhalten.“

Nachhaltiges Handeln ist profitabel

Die Frage, welchen Wert Nachhaltigkeit für Unternehmen hat, beantwortete Prof. Dr. Ulrike Detmers, die per Skype zugeschaltet war. Die Gesellschafterin, Mitglied der Geschäftsführung und Sprecherin der Mestemacher-Gruppe und Professorin im Fachbereich Wirtschaft und Gesundheit an der Fachhochschule Bielefeld, erklärte, dass nachhaltiges Handeln für Unternehmen mehr als profitabel sei. „Wir handeln nicht philanthropisch, sondern profitorientiert“, unterstrich die Unternehmerin der Gütersloher Großbäckerei, die bereits 1871 gegründet wurde. Heute ist die Unternehmensgruppe Nischenanbieter langhaltbarer Brot- und Backwaren sowie Müslimischungen, Tiefkühl- und Frischkuchen – und stellt seit 1984 zunehmend auf die Verwendung von Bio-Rohstoffen und ökologische Produktionsverfahren um. Daneben engagiert sich die Mestemacher-Gruppe in Fragen der sozialen Nachhaltigkeit, vor allem für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf beider Elternteile und für die Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Wirtschaft. So soll mit dem „Mestemacher Preis Spitzenvater des Jahres“ das partnerschaftliche Familienmodell gefestigt werden, in dem beide Elternteile die Kindererziehung gleichermaßen übernehmen. „Wir profitieren von den weltweiten Debatten um Ökologie und Gender-Gerechtigkeit nicht zuletzt bei der Erschließung neuer Märkte“, betonte Prof. Dr. Detmers mit Blick auf jüngste Produkteinführungen in Japan, wo Aufkleber mit Öko- und Sozialsiegel für Aufmerksamkeit sorgen. Mit

einem neuen Unternehmensprojekt will Prof. Dr. Detmers häusliche Gewalt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten thematisieren. Mit Blick auf den Ausbau von ökologischer Produktion und Landwirtschaft wünscht sie sich ein Freihandelsabkommen mit den Yokoso-Staaten.

Höhere Sensibilisierung schaffen

Dass Nachhaltigkeit auch in der Ernährungsbranche eine wichtige Rolle spielt, rückte Dr. Michael Raß, Beirat des Zentrums für Nachhaltige Unternehmensführung (ZNU), in den Fokus: „Wenn wir uns die aktuellen Nachhaltigkeitsthemen einmal genauer anschauen, seien es nun die Themen Klimawandel, Biodiversität oder Logistik, fällt auf, dass immer auch die Ernährungsbranche betroffen ist. Und die hat viele Anspruchsgruppen – von der Politik über den Handel bis hin zu den Verbrauchern.“ Die Branche sei deshalb von verschiedenen Seiten stark beansprucht und werde damit konfrontiert, die Berichterstattung im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitskodex einzuhalten. An dieser Stelle schalte sich das ZNU unterstützend ein. „Wir nehmen Unternehmen an die Hand und zeigen ihnen den ganzen Katalog an Nachhaltigkeitsthemen. Daraus ziehen wir die Punkte, die für das Unternehmen relevant sind, und legen entsprechende Ziele und Maßnahmen fest“, beschrieb Raß die Vorgehensweise. „Gerade der Mittelstand tut sich hierbei jedoch oftmals noch schwer.“ Politik und Gesellschaft seien gefordert und sollten hier sensibler auf Unternehmen und Mitarbeiter reagieren, damit diese auch in der Lage seien, die an sie gestellten Ansprüche zu erfüllen. Raß merkte an: „Dafür bringen wir Wissenschaft, Wirtschaft und alle Anspruchsgruppen an einen Tisch und agieren als Mediator.“ Als Beispiel nannte er den Handel, der durch die Anforderungen der Konsumenten und die Öffentlichkeit im Zugzwang sei und diesen Druck an die Lieferanten und somit an die Landwirtschaft weitergebe. „Im nordrhein-westfälischen Landwirtschaftssektor gab es in der Vergangenheit schon gute Ansätze – allerdings muss noch mehr kommen. Die Nachhaltigkeitsziele standen zu wenig im Mittelpunkt, dieses Defizit wird nun bei Themen wie Biodiversität oder Insektensterben deutlich“, betonte Raß. „Um diese Probleme zu lösen, brauchen Unternehmen auch die Unterstützung der Politik.“

Nicht innerhalb der Probleme navigieren

So wie Landwirtschaft und Ernährung bislang in Deutschland funktionieren, sei noch längst keine Nachhaltigkeit in Sicht, mahnte auch Dr. Tanja Busse und leitete über zu Prof. Dr. Günther Bachmann, der auf den Verband der Ernährungswirtschaft und seinen Leitfaden für die Branche verwies: „Dieser Leitfaden ist ziemlich gut geworden. Das merkt man vor allem daran, dass andere Branchen sich mittlerweile darauf beziehen und der Ernährungsleitfaden sozusagen als Standard fungiert.“ Dann forderte der Generalsekretär mit ernsten Worten dazu auf, über die Hintergründe der „Fridays for Future“-Bewegung nachzudenken: „Wenn erstmalig seit 1968 eine so große Welle nicht von Studenten ausgeht – und auch nicht von Unternehmen,

der Politik oder der Opposition –, dann hat das etwas zu bedeuten. Da sind plötzlich Kinder und Jugendliche, die sagen: Der Kaiser ist nackt. Ihr habt eure Hausaufgaben nicht gemacht! Das bedeutet möglicherweise, dass wir uns alle zu sehr festgefahren haben und nur noch innerhalb der Probleme navigieren.“ Es sei wichtig, den Impuls der jungen Leute aufzunehmen und noch einmal zurück auf Los zu gehen. Das Geschäft der Ernährungswirtschaft werde in Zukunft noch härter werden, ist sich Bachmann sicher. Es müsse entschieden werden, ob das Land sich auf eine fleisch- oder sojabasierte Ernährung konzentriere oder ob die Ernährung wieder stärker national basiert wird. Für Letzteres sprächen in jedem Fall die kurzen Wege, eine bessere Kontrolle und eine höhere Qualität. Dafür würde die Landwirtschaft wieder mehr Fläche benötigen, pflichtete Prof. Dr. Günther Bachmann Umweltministerin Heinen-Esser bei. „Bisher haben wir der Landwirtschaft immer Fläche weggenommen, für Verkehr und für Siedlungen. Aber wenn wir Soja nicht aus Brasilien beziehen wollen, dann brauchen wir hier bei uns mehr Flächen für die Landwirtschaft. Und wenn wir andere Züchtungen im Bereich der Tierproduktion anstreben, dann brauchen wir auch mehr Fläche. Das ist ein großer Kampf, der uns da bevorsteht“, sagte der Generalsekretär und verwies darauf, dass es in der Ernährungswirtschaft bereits ein paar gute Allianzen gebe. Ergänzend dazu schaltete Dr. Michael Raß sich ein: „Die ‚Fridays for Future‘-Bewegung ist großartig. Man darf jedoch nicht außer Acht lassen, dass es auch Unternehmen gibt, die intrinsisch motiviert sind und nicht erst auf eine CO₂-Steuer oder ähnliches warten, um Verantwortung zu übernehmen.“

Nachhaltige Zusammenhänge im Blick

Moderatorin Dr. Tanja Busse fasste die bisherigen Punkte kurz zusammen und stellte fest, dass es trotz vieler Unternehmen, die in eine nachhaltigere Zukunft aufbrächen, immer noch ungelöste Probleme in Politik und Wirtschaft gebe. „Was muss also geschehen? Kann die Digitalisierung als Treiber für Nachhaltigkeit gesehen werden?“, richtete sie deshalb die Frage an Christoph Dammermann. Dieser machte noch einmal deutlich, wie stark die Dinge miteinander



Das Podium von links: Prof. Dr. Günther Bachmann, Christoph Dammermann, Moderatorin Dr. Tanja Busse, Dr. Michael Raß sowie, per Videokonferenz zugeschaltet, Prof. Dr. Ulrike Detmers.

der vernetzt seien. „Es ist manchmal richtig im Sinne der Nachhaltigkeit, einen Baum zu fällen, weil daran wirtschaftliche Effekte hängen. Diesen Zusammenhang versuche ich auch allen ‚Fridays for Future‘-Schülergruppen zu vermitteln: Denkt an die Wertschöpfungsketten!“, betonte der Staatssekretär. Die Digitalisierung könne an dieser Stelle dabei helfen, durch Innovationen die aktuellen Probleme zu lösen, nicht durch Verzicht. Auf die Rückfrage der Moderatorin, wie sich verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeit zusammenbringen ließen, brachte Dammermann die Rolle der Politik ins Spiel: „Mir ist wichtig, dass wir neugierig auf Innovation bleiben und nicht belehrend auf die Bürger zugehen. Denn der mündige Verbraucher und auch seine Kinder und Enkelkinder sind mir sehr wichtig. Wir müssen die Debatte mit Schulen, Initiativen, Wissenschaft und vielen mehr führen.“ Damit es sich dann in eine nachhaltige Richtung entwickelt, nannte Dammermann als Aufgabe der Politik die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen, um etwa Impulse in Innovationen, Forschung oder Wirtschaft zu geben. „Es ist okay, Rahmenbedingungen zu setzen, Herr Dammermann. Aber wir brauchen auch Ziele. Das habe ich bei Ihnen jetzt gerade vermisst. Wir müssen uns Ziele setzen. Und die dürfen auch mal anstrengend sein“, entgegnete darauf Prof. Dr. Günther Bachmann.

Mehr Aufklärung für Verbraucher

Dr. Michael Raß nannte als Anforderung an die Politik eine schnellere Handlungsweise: „Politik muss schneller werden. Wenn man beispielsweise auf Themen wie Tierwohl oder Gesundheit schaut, wird deutlich, dass die Industrie die Politik rechts überholt.“ Damit es hier Veränderungen geben könne, müssten nicht nur politische Rahmenbedingungen geschaffen, sondern auch die Verbraucher sensibilisiert werden, so Raß. Der Vertreter des ZNU führte dies an einem Beispiel aus: „Vom Handel und aus der Fleischindustrie kommt die Rückmeldung, dass nachhaltige Produkte in den Regalen liegen bleiben. Um die Verbraucher zu nachhaltigeren Kaufentscheidungen anzuregen, bedarf es also mehr Aufklärung.“ Letztlich entscheide der Verbraucher durch sein Konsumverhalten, welche Produkte auf welche Weise produziert würden. Positive Änderungen kämen auch durch die Digitalisierung. „Viele Aspekte in der Ernährungswissenschaft und der Landwirtschaft lassen sich nur durch digitale Lösungen nachhaltig bearbeiten. An dieser Stelle erwarte ich ebenfalls von der Politik, voranzugehen“, schloss Raß, bevor Moderatorin Dr. Tanja Busse die Runde für Fragen aus dem Publikum öffnete.

Fragen aus dem Publikum

Der Mediziner und Kabarettist Dr. Eckart von Hirschhausen beispielsweise wollte wissen, welchen CO₂-Fußabdruck wohl die Digitalisierung habe und spielte damit auf den enormen Stromverbrauch von Großservern an. Dr. Michael Raß unterstützte diese Aussage und fügte hinzu: „Man muss das natürlich auch kritisch betrachten. Der Stromverbrauch ist ein Nachteil der Digitalisierung.“ Allerdings dürfe man dennoch die positiven Seiten der Digitalisierung nicht



Dr. Michael Raß

außer Acht lassen und müsse gleichzeitig an innovativen Technologien arbeiten, um dem hohen Stromverbrauch entgegenzuwirken. Auf die Frage, welche Steuerungselemente wir für die Zukunft benötigen, antwortete Prof. Dr. Günther Bachmann derweil: „Wir müssen neben die schwarze Null auch eine grüne Null stellen. Der Staat muss entsprechende Honorierungssysteme durch Rahmenbedingungen schaffen. Zudem müssen sich die Unternehmen am Markt ein grünes Bewusstsein auch gegenseitig honorieren. Die Digitalisierungsindustrie wendet übrigens bislang am wenigsten den DNK an. Das ist schon sehr auffällig. Das muss man noch zivilisieren.“

Rückbesinnung auf die Zukunft

In seinem Schlusswort führte der Generalsekretär des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung einen neuen Gedanken ein: Er erinnerte an die Zeit, als die Regierung von Bonn nach Berlin umzog, der Reichstag umgebaut und zunächst einmal vom Künstler Christo verhüllt wurde. „Am Anfang dachte ich als Berliner: So ein Scheiß! Nach nur drei Tagen bin ich ständig hingegangen, um mir das anzuschauen. Das war ein großes Fest. Was ist da mit uns passiert? War das ein Augenblick des Innehaltens? Der Besinnung? Die Verhüllung hat den Neubeginn der Berliner Republik gekennzeichnet.“ Heute laute die Frage: Was machen wir im Jahre 2022? Zur Erklärung: Im Jahr 2022 jährt sich die Stockholmer UN-Konferenz zum 50. Mal. „2022 schalten wir das letzte Kernkraftwerk ab und ein großer Schwung der Kohlekraftwerke geht vom Netz. Aber wie organisiert man eine Rückbesinnung auf die Zukunft?“, fragte Prof. Bachmann. Dies sei eine große Transformationsaufgabe, die man gemeinsam zu meistern habe.



Schlaglichter zur Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

Sechs Kurzvorträge von Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zum Stand der Nachhaltigkeit im Land.

Dialog Chefsache Nachhaltigkeit Dr. Marco Kuhn (Landkreistag NRW)

Im Dialog „Chefsache Nachhaltigkeit“ diskutieren zahlreiche Oberbürgermeister, Landräte und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände darüber, wie die kommunale Position in die Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht werden kann. Dr. Marco Kuhn, Erster Beigeordneter im Landkreistag NRW, stellte erste Ergebnisse des Dialogs vor: „Zukunftsfragen rund um das Thema Nachhaltigkeit sind letztendlich mit und in den Kommunen zu beantworten“, so Kuhn. „Insofern ist Nachhaltigkeit eine Gemeinschaftsaufgabe.“ Auf dieser Basis verabschiedeten die Teilnehmer des Dialogs ein Papier, das insgesamt neun konkrete Forderungen an die Landesregierung beinhaltet. Einige davon riss Kuhn in seinem Vortrag kurz an und nannte an erster Stelle die Intensivierung des Austauschs auf kommunaler Ebene: „Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Wenn wir gute Entwicklungen aus den Kommunen bündeln und die Erfahrungen aus bisherigen Dialogformaten allen zur Verfügung stellen, ist damit schon viel gewonnen.“ Auch die

Förderung der kommunalen Nachhaltigkeits-Berichtserstattung zahle darauf ein. Neben der Bereitstellung von Daten seitens des Landes spiele finanzielle Unterstützung laut Kuhn eine wichtige Rolle. „Die Kommunen brauchen Handlungs- und Gestaltungsspielräume, um das umzusetzen, was auf Landesebene verabredet wird“, erklärte der Erste Beigeordnete im Landkreistag NRW. „Da muss das Land seine Hausaufgaben machen.“ Abschließend betonte Kuhn, dass die Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis sein dürfe, sondern als Handlungsleitfaden für alle Ressorts der Landesregierung gelten müsse. Er hoffe deshalb, dass die Empfehlungen aus dem Dialog „Chefsache Nachhaltigkeit“ von der Politik auf Landesebene Beachtung finden werden.

TEAM Nachhaltigkeit

Dorothea Schostok (Wuppertal Institut)

Dorothea Schostock vom Wuppertal Institut sprach für das TEAM Nachhaltigkeit und richtete den Fokus auf quantifizierte und terminierte Zielsetzungen in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und im NRW-Nachhaltigkeitsindikatorenbericht, die sie bislang nur zu 30 Prozent erfüllt sehe. Das TEAM Nachhaltigkeit hat Verbesserungsvorschläge zur Zuordnung, Definition und Operationalisierung der Indikatoren sowie zu terminierten und quantifizierten Zielen für jedes einzelne SDG erarbeitet und insgesamt 170 Einzelempfehlungen zusammengestellt. Als konkretes Beispiel führte Schostock u.a. das SDG 5 „Geschlechtergleichheit“ an und empfahl der NRW-Landesregierung, hier ihrer Vorbildrolle gerecht zu werden, etwa durch eine Frauenquote für politische Vertretungen. Als weiteres Beispiel nannte Schostock den Indikator „Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch“, der bislang nicht beim SDG 7 „Bezahlbare und saubere Energie“ verortet ist, sondern beim SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“. Beim SDG 14 „Leben unter Wasser“ stellte Schostock die Verantwortung des Landes NRW zum Schutz maritimer Ökosysteme heraus. Mit insgesamt 14.136 Gewässerkilometern müsse auch das Binnenland NRW zur Erreichung dieses SDGs beitragen. Und mit Blick auf das SDG 6 „Sauberes Wasser“ dürfe sich NRW nicht nur auf die Erfassung von Nitratrückständen beschränken. „Die Indikatoren sollten nicht nur der Messung von Veränderung dienen, sondern auch ein Kompass sein hin zu konkreten, terminierten und quantifizierten Zielen“, betonte Schostock und forderte eine stärkere Orientierung an den Bundesindikatoren und bundesweiten Zielsetzungen.

Wirtschaft

Gabriele Poth (Handwerkskammer Düsseldorf)

Die Sicht der Handwerkskammer Düsseldorf zum Thema Nachhaltigkeit fasste Gabriele Poth zusammen: „Ich spreche für die mittelständische Wirtschaft, für das Handwerk NRW mit 180.000 Handwerksbetrieben, die eine interessante Typik mit einer hohen Affinität zur Nachhaltigkeit aufweisen. Das macht uns Mut, mit diesen Betrieben auch tatsächlich in die Diskussion einzutreten.“ Handwerk habe eine flache Hierarchie. Viele Betriebe seien familiengeführt, es gebe einen hohen Grad an Selbstständigkeit, Fach- und Lösungskompetenz. „Die Kreishandwerkerschaften vor Ort sind in besonderer Weise in Räten und in der Selbstverwaltungsgesellschaft in den Kommunen tätig. Es gibt ein großes Potenzial von inspirierenden Unternehmern und auch von engagierter Bürgerschaft. Interessanterweise sind diese Strukturen aber vielfach in den Verwaltungen wie auch in der Wissenschaft nicht bekannt. Daran müssen wir arbeiten“, betonte die Vertreterin der Handwerkskammer Düsseldorf und ergänzte, dass das Handwerk die erste Wirtschaftsbranche gewesen sei, die das Klimaschutzgesetz unterstützt habe. Nun sei systemische Unterstützung erforderlich, um das Potenzial des Handwerks zu nutzen und gleichzeitig Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Handwerksbetriebe diese Strömungen zur Nachhaltigkeit weitertreiben können. Auch im Bereich der Bildung seien experimentelle Modelle auf systemischer Ebene gefordert, die zum Beispiel Hochschulen mit dem dualen Bildungssystem verzahnen. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sei dies enorm wichtig. „Nutzen Sie das Potenzial des Handwerks. Die mittelständische Wirtschaft ist Teil der Lösung“, so der Appell von Gabriele Poth.

Fachforum Nachhaltigkeit

Ulrike Schell (Verbraucherzentrale NRW)

Ulrike Schell von der Verbraucherzentrale NRW eröffnete ihren Redebeitrag mit einem afrikanischen Sprichwort: „Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können die Welt verändern.“ Dies sei nicht nur ein schönes Bild für die „Fridays for Future“-Bewegung, sondern könne ein Stück weit auch für das Fachforum Nachhaltigkeit stehen. Im Fachforum haben sich 23 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen, um die weitere Entwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie kritisch und fordernd, aber auch konstruktiv zu begleiten. „Herausforderungen benennen, Ziele setzen und Transformation gestalten“ sei die Überschrift über der Aufgabe. Einige Empfehlungen des Fachforums Nachhaltigkeit stellte Ulrike Schell im Einzelnen vor. „Wir brauchen zunächst ein wirksames Rahmenwerk für ein nachhaltiges NRW. Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie muss den gesamten Rahmen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens umfassen und sich als eine umfassende Agenda-2030-Strategie verstehen“, so Schell.

Stichpunkte seien soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft, eine nachhaltige Finanzpolitik, eine engagierte Klimaschutz- und Energiepolitik und internationales Engagement in der NRW-Außenwirtschafts- und Rohstoffpolitik. Nachhaltigkeit sei Chefsache und es wäre ein wichtiges Signal nach innen und außen, Nachhaltigkeit als Staatsziel in der NRW-Verfassung zu verankern. „Wir brauchen eine ambitionierte Energiewende und consequenten Klimaschutz. Auch die Zivilgesellschaft will und muss aktiv in den Prozess des Umbaus eingebunden werden“, erklärte die Vertreterin des Fachforums weiter. Der Klimaschutzplan NRW müsse an die Erfordernisse des Weltklimaabkommens und die Empfehlungen der Kohlekommission angepasst werden. Die CO₂-Minderungsziele seien für 2030 und 2040 festzuschreiben. Alle klima- und umweltschädlichen Subventionen gehörten auf den Prüfstand. Die derzeit diskutierte CO₂-Bepreisung müsse ambitioniert sein und sozial abgefedert. Vor allem aber müsse sie eine sichtbare Lenkungswirkung pro Klimaschutz haben, wenn sie ein sinnvolles Instrument sein soll: „Es ist höchste Zeit, zukunftsorientiert und consequent zu handeln.“

Regionalforen Nachhaltigkeit

Ines Kammeier (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.)

„Regionen und Kommunen haben eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele“, stellte Ines Kammeier von der LAG 21 NRW zu Beginn ihres Kurzvortrags heraus. Deren Perspektive stärker in den Weiterentwicklungsprozess der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie einzu beziehen, stand im Fokus der Regionalforen Nachhaltigkeit. Über 650 Menschen aus den nordrhein-westfälischen Regierungsbezirken sowie der Metropolregion Ruhr nahmen an den Regionalforen teil. Ihre Anregungen an die Landesregierung wurden von der LAG 21 NRW in 91 Impulsen zusammengefasst. Einen exemplarischen Einblick in die Ergebnisse gab Kammeier in ihrem Kurzvortrag: „Mit Blick auf SDG 2 kam von den Teilnehmenden die Anregung, landwirtschaftliche Subventionen mit einer stärkeren Ausrichtung auf Gemeinwohlkriterien umzuverteilen. Außerdem sollen Betriebe bei der Umstellung auf Ökolandbau stärker unterstützt werden.“ Auch SDG 11 stand laut Kammeier weit oben auf der Agenda. Gleich 30 Impulse beschäftigten sich etwa mit dem Ausbau des ÖPNV, zukunftsfähiger Verkehrsinfrastruktur und dem Flächenverbrauch. Einige Impulse bezögen sich laut Kammeier zudem auf strukturelle und übergreifende Themen, beispielsweise die Einführung einer Umsetzungskontrolle und Sanktionierungsmaßnahmen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. „Die umfangreichen und hochwertigen Impulse zeigen die Notwendigkeit für eine ambitionierte Weiterentwicklung und vor allem für eine engagierte Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie auf“, schloss Kammeier. „Dass die regionale und kommunale Ebene zahlreiche Anknüpfungspunkte für Nachhaltigkeitsprozesse bietet, sollte hierbei

noch stärker zum Ausdruck gebracht werden.“

Gemeinsam für Nachhaltigkeit

Thomas Kubendorff (Kommunaler Nachhaltigkeitsbotschafter der LAG 21 NRW und ehem. Landrat des Kreises Steinfurt)

Thomas Kubendorff, der ehemalige Landrat des Kreises Steinfurt, zählt zu den Vorreitern in der Umsetzung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien in NRW. Er forderte die umfassende und verbindliche Integration von Kommunen und Zivilgesellschaft in die Entwicklung zur Nachhaltigkeit im Kontext der Agenda 2030. „Das Projekt ‚Global Nachhaltige Kommune NRW‘ ist dafür ein guter und richtiger Ansatz. Aber 30 Kommunen – das reicht nicht“, erklärte Kubendorff. „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass auf der kommunalen Ebene viele Menschen, auch politisch Verantwortliche, die Nachhaltigkeitsstrategie von Land und Bund nicht wirklich kennen“, so Kubendorff weiter. Als Botschafter der LAG 21 NRW im Projekt „Gemeinsam für Nachhaltigkeit“ ist Kubendorff seit Juli 2017 durch nahezu ganz Nordrhein-Westfalen gereist und hat 16 Regionalkonferenzen sowie elf Netzwerktreffen mit 800 Teilnehmenden aus Politik und Verwaltung, Hochschulen und Zivilgesellschaft organisiert. Sein Fazit: „Wir brauchen mehr Informationen, mehr Dialog und ein politisches Rahmenwerk für die kommunale Ebene.“ Kubendorff regte die dauerhafte Einrichtung kommunaler Koordinierungsstellen für die nachhaltige Entwicklung an und forderte das Land dazu auf, Kommunen mit einer Nachhaltigkeitsstrategie bei der Vergabe von Fördermitteln vorrangig zu berücksichtigen.



Zwischenruf

Der Moderator, Mediziner und Kabarettist Dr. Eckart von Hirschhausen stellte in einem humoristischen und mahnenden Kurzvortrag seine Sicht auf den Stand der Nachhaltigkeit im Land dar und fand dafür durchaus ernste Worte.

Dr. Eckart von Hirschhausen lud die Anwesenden zu einem kleinen Perspektivwechsel ein und bedankte sich bei denjenigen, die sich aktiv für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, dafür, dass sie seit Jahren einen enormen Frust aushalten. „Vieles, was ich hier heute gehört habe, ist extrem abstrakt. Wir vergessen dabei, dass es ums Überleben geht. Wir müssen nicht die Umwelt schützen, sondern unseren Arsch retten. Wir müssen dieses Bewusstsein in die Mitte der Gesellschaft und zu den Entscheidungsträgern bringen. Denn scheinbar ist noch längst nicht angekommen, dass wir in den nächsten zehn Jahren darüber entscheiden, wie die nächsten zehntausend Jahre auf diesem Planeten aussehen“, betonte der Kabarettist. Schließlich habe man seit 50 Jahren ziemlich klar vor Augen, dass es Grenzen des Wachstums gibt. „Gerade weil wir in der Region so eng mit Kohle und Industrie verwurzelt sind, werden wir – wenn wir das mit der Transformation hinkriegen – wieder zur Modellregion für diese Welt. Darauf möchte ich Sie gerne einschwören“, erklärte der Moderator und stellte kurz einige seiner Gedanken und Ideen zum Thema vor.

"Fridays for Future" hält er für enorm wichtig. „Ich hätte nie gedacht, dass Politiker mir mal die Vorlage für meine Pointen schreiben“, sagte Hirschhausen. „Aber dann gab es einen, der sagte: ‚Was wissen die jungen Leute eigentlich? Die sollen doch mal die Profis fragen.‘ Und das war die Steilvorlage für uns Scientists for Future. 28.000 Wissenschaftler haben unterschrieben und gesagt: ‚Verdammt, die Jugendlichen haben Recht!‘ Deshalb gibt es jetzt auch bei der Ärzteschaft die Bewegung Doctors for Future, denn Klimawandel und Gesundheit sind nicht voneinander zu trennen.“

Provokant stellte der Komiker die Frage, ob wir die richtigen Bilder und Begriffe benutzen, um das Problem darzustellen. „Zurzeit verhalten sich viele Erwachsene kindischer als die Kinder, wenn sie sagen: ‚Ich will aber schnell Auto fahren.‘ Wir müssen aufhören, ständig darüber zu jammern, was uns weggenommen wurde.“ In diesem Zusammenhang erläuterte Hirschhausen das psychologische Prinzip der Reaktanz. Er wünsche sich, dass vor allem in der Politik mehr darauf geachtet würde, wie die Menschen ticken: „Es ist zäh, Menschen zu verändern, aber es geht am ehesten durch eine Veränderung der Verhältnisse. Daher möchte ich alle Politiker ermuntern: Überraschen Sie die Leute! Menschen gewöhnen sich schnell an erstaunlich viele Dinge. Wir brauchen Rahmenbedingungen!“ Als Beispiel führte er den Aufschrei an, der durch das Land ging, als über die Anschnallpflicht im Auto diskutiert wurde. Damals sei von einer Beschneidung der Freiheit die Rede gewesen. „Ansnallen rettet Menschenleben – genauso, wie auch ein Tempolimit Menschenleben retten könnte“, so der Mediziner weiter. „Für unsere Kinder und Enkelkinder benötigen wir klare Rahmenbedingungen, die nicht als Einschränkungen verkauft werden. Das sind notwendige Schritte, um überhaupt enkeltauglich leben zu können.“ Ansonsten seien uns die Vorwürfe unserer Kinder und Enkelkinder gewiss, schließlich ständen uns das Wissen, die Technik und das Geld zur Verfügung.

Darüber hinaus appellierte der Komiker dafür, nicht den Humor zu verlieren. Nachhaltigkeit müsse attraktiver verkauft werden. Man solle den Menschen nicht zu viel vorschreiben, auf die Vernunft alleine könne man jedoch auch nicht zählen. „Wir müssen in Städten Möglichkeiten eröffnen, bei denen der gesunde Weg sich zu bewegen auch der einfachste ist. Daher bitte ich Sie: Gehen Sie weg von abstrakten Erklärungen und nutzen Sie die Idee vom Ko-Benefit. Das bedeutet: Die Dinge, die ich tue, tun mir gut und dem Planeten auch.“ Hirschhausen verdeutlichte das Prinzip an einem Beispiel: Wenn man weiß, dass bei der Produktion von Rindfleischsuppe zehnmal so viel CO₂ entsteht wie bei der Herstellung von Gemüsesuppe, dann müsse sich jeder die Frage stellen: Schmeckt mir die Rindfleischsuppe wirklich zehnmal besser als eine Gemüsesuppe? Eine Frage, die wohl die meisten Menschen mit Nein beantworten werden. Letztlich würden viele Menschen nicht wissen, was sie tatsächlich einkaufen. Mit einem sehr plakativen Beispiel verdeutlichte der Red-



ner seinen Punkt anhand der Gülle-Problematik: „Bei der Produktion von einem Kilo Fleisch entstehen auch 20 Kilo Scheiß. Aber das sehen die Leute natürlich nicht, wenn sie im Supermarkt ihr abgepacktes Stück Rindfleisch kaufen. Für jedes Kilo Fleisch sollte es an der Supermarkt-Kasse einen 20-Liter-Eimer Gülle dazu geben und zwar mit den Worten: ‚Das haben Sie mit verursacht, jetzt müssen Sie es auch mitnehmen.‘“

Als weiteres Beispiel führte der Kabarettist die SUV-Problematik an: „Es gibt ja offensichtlich in Deutschland sehr viele Menschen, die sehr, sehr abgelegen wohnen und daher ein Geländeauto brauchen. In diesem Jahr wurden in Deutschland eine Million SUVs zugelassen. Das ist krank, aber Politik kann das regeln: Wenn Menschen so abgelegen wohnen, dass sie nur mit einem Geländewagen nach Hause kommen, dann sollen sie in einer freien Marktwirtschaft natürlich SUVs kaufen dürfen. SUVs, die so viel Kraft haben wie ein Traktor und in denen so viel Stahl verbaut wurde wie in einem Traktor. Aber in dem Moment, wo diese Menschen die Zivilisation erreichen und auf öffentlichen Straßen fahren, sollten sie nicht schneller fahren dürfen als ein Traktor – nämlich 25 Stundenkilometer.“ Eine Bemerkung, die bei den Zuhörerinnen und Zuhörern im Auditorium sehr gut ankam und mit viel Applaus belohnt wurde.



Martin Esters und Antje Kessler vom Fast Forward Theatre aus Marburg.

Fast Forward Theatre und Markt der Möglichkeiten

Für einen gelungenen Auftakt und einen nachdenklichen Ausklang der Tagung sorgten Martin Esters und Antje Kessler vom Fast Forward Theatre aus Marburg. Zur Einstimmung ließen die beiden Improvisationskünstler mit Hilfe von Stichworten aus dem Publikum vor dem geistigen Auge der Zuschauer das Bild einer nachhaltigen Welt der Zukunft entstehen. Zum Abschluss am Nachmittag griffen die beiden Schlüsselworte und Themen des Tages auf und entführten die Teilnehmenden in den Dschungel der Nachhaltigkeit.

Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung bot einmal mehr der Markt der Möglichkeiten, auf dem neue Ideen, Praxisbeispiele und Zukunftsvisionen präsentiert wurden. Vor und nach der Tagung sowie in den Pausen nutzten die Teilnehmenden die Gelegenheit, sich an den Ständen zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen.







Workshop: Nachhaltige Entwicklung in den Regionen NRWs mit Schwerpunkt Metropole Ruhr

Impulse:

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW)

Dr. Wolfgang Beckröge, Leiter des Referats „Geoinformation und Raumbewertung“ beim Regionalverband Ruhr (RVR)

Kommentierung:

André Stinka, Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter, Co-Leiter des Forschungsbereiches Mobilität und Verkehrspolitik am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Einleitung

Nachhaltigkeitsstrategien existieren auf verschiedenen räumlichen und politischen Ebenen. Der Workshop unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter zeigte am Beispiel der Metropole Ruhr auf, welche Ansätze und Projekte auf regionaler Ebene vorhanden sind. Gleichzeitig diskutierten die Teilnehmer, welche regionalen Impulse sich hieraus für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie ergeben können. Zugleich ging es um die Frage, wie sich die vertikale Integration zwischen Kommunen und Region gewährleisten lässt.

Impulse

Dr. Klaus Reuter berichtete zunächst von den „Regionalforen Nachhaltigkeit NRW“. Die LAG 21 NRW hat die Veranstaltungsreihe auf Anregung des Umweltstaatssekretärs Dr. Heinrich Bottermann von Dezember 2018 bis März 2019 mit Förderung des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums realisiert. Mit dem Ziel, Nachhaltigkeit in der Region zu stärken und das Zusammenwirken mit landesweiten Prozessen zu vertiefen, fanden die Regionalforen in den fünf Regierungsbezirken Arnsberg, Münster, Köln, Detmold und Düsseldorf sowie in der Metropole Ruhr statt. Mehr als 650 Teilnehmende debattierten über die Herausforderungen und Chancen landesweiter sowie regionalspezifischer Nachhaltigkeitsprozesse.

Vier zentrale Fragestellungen standen im Fokus der Veranstaltungen: Welche Chancen und Herausforderungen bestehen in der Region? Welche regionalen Aktivitäten, Projekte und Akteure setzen Nachhaltigkeit um? Mit welchen Ansätzen kann die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie die Region in ihren nachhaltigen Prozessen unterstützen? Welche regionalen Perspektiven können in der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden? Zur Erarbeitung von Antworten war jedes Regionalforum in sechs Workshops geclustert:

- Gute Arbeit und nachhaltige Innovationen aus der Region
- Nachhaltige Infrastrukturen in der Region
- Planetare Grenzen in der Region wahren: Klimaschutz – Biodiversität – Flächenschutz – nachhaltige Landwirtschaft
- Demografischer Wandel: alternde und zukunftsfähige Gesellschaft
- Stadt-Land-Beziehungen neu denken
- Globale Verantwortung & regionale Umsetzung

Alle Impulse der Regionalforen wurden dokumentiert, tabellarisch erfasst und anschließend verdichtet. Die Impulse wurden in dem Ergebnispapier „Impulse zur Weiterentwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie“ zusammengefasst und im Rahmen der diesjährigen Nachhaltigkeitstagung veröffentlicht. Dr. Reuter zufolge haben die Regionalforen gezeigt, dass es eine hohe Identifikation der Menschen mit ihrem Regierungsbezirk oder Metropolraum gibt: „Die Regionen haben mehr Einfluss, als den meisten Leuten bewusst ist. Zudem gibt es einen großen Gestaltungswillen der Akteure.“ Angesichts komplexer Thematiken brauche es ein neues Denken und eine besonders integrierte Zusammenarbeit. Zentrale Anstöße der Veranstaltung für die Metropole Ruhr waren die stärkere Berücksichtigung von Migranten im Diskurs um gute Arbeit, die Definition und standardisierte Bewertung grüner Infrastruktur sowie die Idee, die IGA 2027 für eine Aktivierung im Bereich der Mobilität zu nutzen.



Moderator Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter, Dr. Wolfgang Beckröge, Dr. Klaus Reuter und André Stinka (von links).

Anstöße aus der Region geben

Im Anschluss an den Impuls von Dr. Reuter widmete sich Dr. Wolfgang Beckröge der Frage, wie sich die regionalen Aktivitäten des RVR und des Landes NRW gegenseitig unterstützen und verstärken können. Dr. Beckröge gehörte zu den Projektleitern des „Berichts zur Lage der Umwelt in der Metropole Ruhr 2017“, den das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag des RVR erarbeitet und 2017 vorlegt hatte. Der Bericht ging auf eine Initiative der Umweltdezernenten aus der Region zurück, die aus Anlass der „Grünen Hauptstadt Europas – Essen 2017“ eine gemeinsame Zustandsbeschreibung veröffentlichen wollten.

Der erste Teil des Berichts stellt aktuelle Beispiele für integrierte und umweltpolitische Strategien und Konzepte aus dem Ruhrgebiet vor, die den Stand der Diskussion repräsentieren und zugleich Impulse geben. Im zweiten Teil erfolgt eine Bestandsaufnahme der Umweltsituation in der Metropole Ruhr anhand von 15 ausgewählten Umweltindikatoren. Der dritte Teil nimmt eine umweltpolitische Einordnung der Ergebnisse und einen Ausblick auf die Fortschreibung der Berichterstattung durch die Umweltdezernenten vor.

Dr. Beckröge betonte die gute Zusammenarbeit der Beteiligten, die mit dem Bericht einen Beitrag für eine integrierte und nachhaltige Entwicklung leisten wollten. „Unser Ziel war es, Anstöße in Richtung Land und Europäische Union zu geben“, so der Referatsleiter. Der Umweltbericht verdeutlicht, dass die Metropole Ruhr mit 53 Prozent Anteil am Modal Split nach wie vor eine Region des Motorisierten Individualverkehrs ist. Der Öffentliche Personennahverkehr kommt auf 16 Prozent, das Fahrrad auf 8 Prozent und der Fußgängerverkehr auf 23 Prozent. Ein Zielvorschlag des Wuppertal Instituts für das Jahr 2035 sieht 25 Prozent für jeden Verkehrsträger vor. Auch bei den Treibhausgasemissionen ist die Metropole Ruhr laut Dr. Beckröge noch weit hinten. Erfreulich sei hingegen die Entwicklung bei der Umweltwirtschaft. Dort habe die Zahl der Erwerbstätigen zugenommen. 2020 soll es einen neuen Umweltbericht geben – dann mit erweiterten Indikatoren.



Kommentierung

André Stinka unterstrich in seiner Kommentierung der Impulse, wie wichtig es sei, in die Regionen zu gehen. „Eine Stadt alleine kann die Probleme nicht lösen“, betonte der SPD-Landtagsabgeordnete. Der Handlungsbedarf sei groß: Wenn es beim jetzigen Modal Split bliebe, würden die Städte ersticken. Es sei wichtig, die Finanzierung langfristig zu sichern, um nicht immer nur Einzelprojekte zu fördern. Die Akteure müssten zusammenarbeiten und ein Mobilitätskonzept für die Metropole Ruhr entwickeln. Es lohne sich, zu investieren. „Wenn man Angebote macht, nutzen die Menschen das auch“, so die Überzeugung von Stinka.

Diskussionsbeiträge

Alle Teilnehmenden waren im Folgenden eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Ein Teilnehmer kritisierte, dass manche Städte in der Metropole Ruhr im Bereich der Nachhaltigkeit noch nicht sehr aktiv seien. Dr. Reuter bestätigte, dass es blinde Flecken gebe. Es werde versucht, die Kommunen beispielsweise über öffentliche Netzwerktreffen mitzunehmen. Das sei oft aber nicht so einfach, weil man die Akteure erst einmal dafür öffnen müsse. „Wir müssen weg von der Kleinstaaterei“, so Dr. Reuter. Der Einschätzung von Dr. Beckröge nach liegt das mangelnde Engagement oft nicht an mangelndem Willen, sondern an fehlenden Ressourcen. Nachhaltigkeit sei keine Pflichtaufgabe der Kommunen, sondern eine freiwillige Leistung.

Auf die Frage eines Teilnehmers nach der Zusammenarbeit über die Metropole Ruhr hinaus verwies Dr. Beckröge auf funktionierende Formen des Austauschs zwischen dem Ruhrgebiet und dem Rheinland. Als Beispiel führte er den Ruhrpiloten an. Das Verkehrsmanagementsystem zielt darauf ab, Lkw-Verkehre möglichst umweltverträglich zu organisieren.

„Sind wir schnell genug?“ Diese Frage warf der Moderator Prof. Dr. Reutter vor dem Hintergrund des großen Handlungsbedarfs auf. Er wolle keine chinesischen Verhältnisse, wünsche sich aber in den vorhandenen demokratischen Strukturen mehr Tempo bei der Umsetzung notwendiger Maßnahmen. Auch Dr. Klaus Reuter ging in diese Richtung: „Können wir uns noch erlauben, nur Komiker Tacheles reden zu lassen? Wir sind immer noch zu diplomatisch.“

Fazit

Der Workshop zeigte auf, dass es großes regionales Engagement beim Thema Nachhaltigkeit gibt und viele Akteure in der Metropole Ruhr und darüber hinaus eng zusammenarbeiten. Die Diskussion machte aber auch deutlich, dass es an vielen Stellen noch Nachholbedarf gibt und eine schnellere Umsetzung von Maßnahmen erforderlich ist.

„Können wir uns noch erlauben, nur Komiker Tacheles reden zu lassen? Wir sind immer noch zu diplomatisch.“

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer der LAG 21 NRW



Workshop: Gemeinsam für BNE in NRW

Status quo und Potenziale in der Zusammenarbeit von BNE-Akteuren und Hochschulen in NRW

Impuls:

Prof. Dr. Andreas Keil, Professor für Geographie und ihre Didaktik an der Bergischen Universität Wuppertal, Schwerpunkt Sozialgeographie im Institut für Geographie und Sachunterricht der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften

Moderation:

Annaliesa Hilger und Prof. Dr. Andreas Keil, Bergische Universität Wuppertal

Einleitung

Rund 60 Teilnehmende konnte Prof. Dr. Andreas Keil zum Workshop „Gemeinsam für BNE in NRW“ in der Kantine des ehemaligen Bundestages begrüßen. Den interaktiven Workshop hatten Prof. Keil und die wissenschaftliche Mitarbeiterin Annaliesa Hilger im Vorfeld zusammen mit dem Referat VIII-4 „Bildung für nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung, BNE-Agentur“ des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelt. Ziel des Austauschs war es, Synergien zu erfassen, bestehende Kooperationen zu stärken sowie neue Potenziale zu erschließen.

Ziele des Workshops

Zum Auftakt ermittelten die Moderatoren in einer kurzen Umfrage, aus welchen BNE-Bereichen die Anwesenden stammen. „Allein hier in diesem Raum sind sehr viele unterschiedliche BNE-Akteure versammelt. Das zeigt, dass BNE offensichtlich viele unterschiedliche Gruppen

bewegt und viele unterschiedliche Gruppen damit arbeiten“, so Prof. Dr. Andreas Keil. Dies sei Segen und Fluch zugleich. „Der Segen ist, dass wir in diesem Bereich so viel Potenzial haben. Auf der anderen Seite jedoch führt die Heterogenität dazu, dass man nicht genau weiß, wer für was zuständig ist“, so der Hochschulprofessor weiter. Ziel des Workshops sei es daher, miteinander ins Gespräch zu kommen, „blinde Flecken“, aber vor allem auch „Hot Spots“ der Zusammenarbeit zu identifizieren und gemeinsam an der Weiterentwicklung der BNE-Arbeit im Land mitzuwirken.

Zur einleitenden Darstellung von Bildung für nachhaltige Entwicklung zitierte Prof. Dr. Keil eine Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der UNESCO zu BNE in der Schule: „Mit BNE wird eine Vision von Bildung und Erziehung formuliert, die allen Menschen helfen soll, die Welt, in der sie leben, besser zu verstehen und im Sinne der Nachhaltigkeit zu verändern. Dies gilt speziell für das Verständnis der Komplexität des Zusammenhangs zwischen Globalisierung, wirtschaftlicher Entwicklung, Konsum, Umweltbelastungen, Bevölkerungsentwicklung, Gesundheit und sozialen Verhältnissen.“ (KMK 2007)

„Ein weiteres Dilemma ist es, dass BNE-Aktivitäten heute mit vielen aktuellen Fragestellungen in Konkurrenz stehen. Bei uns heißt es beispielsweise immer, ihr müsst die Fachlichkeit stärken, ihr müsst internationaler werden, ihr

müsst digitaler werden und die Inklusion beachten“, umschrieb Prof. Dr. Andreas Keil die Herausforderungen. Letztlich seien die Ansprüche, die an Ausbildung und Lehre gestellt werden, enorm. Der Stellenwert von BNE als Querschnittsaufgabe dürfe dabei in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Lehrende sollen sich, so Prof. Keil weiter, zu sogenannten „Change Agents“ entwickeln und gleichzeitig in ihren Lehrkompetenzen für BNE gefördert werden: „Die zentralen Fragen lauten: Welche Kompetenzen müssen wir haben, um mit jungen Menschen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung arbeiten zu können? Wie wird BNE in der Praxis umgesetzt und wie kommt es bei Kindern und Jugendlichen, wie kommt es bei unseren Studierenden an?“

Welche BNE-Aktivitäten gibt es in NRW?

Im Anschluss lud das Moderatoren-Duo die Teilnehmenden dazu ein, sich in direkten Vier-Augen-Gesprächen mit ihren Sitznachbarn darüber auszutauschen, wie die Vermittlung von BNE im eigenen Umfeld erfolgt und wie sie bei der eigenen Klientel ankommt. Es folgte ein reger Austausch, bei dem sich die Anwesenden gegenseitig berichteten, wie sie selbst im Bereich BNE aktiv sind.

Welche Akteure machen was und mit wem?

In einem nächsten Schritt ging es darum, den Status quo der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure von BNE zu erfassen. Zu diesem Zweck hatte das Team der



Bergischen Universität Wuppertal auf einer großen Leinwand eine Matrix entwickelt, die auf der x-Achse nach den BNE-Aktivitäten fragt und auf der y-Achse die Akteure nennt, mit denen es bereits eine Zusammenarbeit gibt. Das Raster führt auf beiden Achsen folgende Kombinationsmöglichkeiten:

- außerschulische Lernorte und Kinder- und Jugendarbeit
- Aus- und Fortbildung (z.B. Lehrkräfteausbildung, berufliche Ausbildung)
- NGOs und Stiftungen
- Schule
- Verwaltung (und Politik)
- Wirtschaft (und wirtschaftsnahe Akteure wie beispielsweise Beratungen)
- (wissenschaftliche) Beratung über BNE
- weitere Akteure (und Akteure mit Interesse an BNE)

Die Teilnehmenden waren nun aufgerufen, ihre BNE-Aktivität auf einem Klebezettel zu notieren und an entsprechender Stelle auf der Leinwand zu platzieren. So wurde schnell ersichtlich, in welchen BNE-Bereichen bereits eine eifrige Zusammenarbeit gepflegt wird. Nachdem alle Klebezettel platziert waren, konstatierte Prof. Keil: „Mit unserer These, dass es Häufungen, aber auch blinde Flecken in der Zusammenarbeit gibt, lagen wir richtig.“

„Hot Spots“

Eine häufige Zusammenarbeit ist in folgenden Bereichen zu beobachten:

- Aktivitäten mit außerschulischen Lernorten in Zusammenarbeit mit Schulen (z.B. bei gemeinsamen Veröffentlichungen oder der gemeinschaftlichen Erstellung von Lernmaterialien)
- Aktivitäten von NGOs und Stiftungen in Zusammenarbeit mit Schulen (z.B. Workshops in Schulen, Klimaexpeditionen, Planspiele)
- Aktivitäten der Verwaltung in Zusammenarbeit mit Aus- und Fortbildung (z.B. Fortbildung von Pädagogen)
- Aktivitäten der Verwaltung in Zusammenarbeit mit Schulen (z.B. Erstellen von BNE-Leitlinien)
- Aktivitäten der Verwaltung in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren (z.B. Organisation von BNE-Festen, das Webportal von BNE in NRW)

„Blinde Flecken“

Zu wenig Berührungspunkte gibt es derweil bislang in folgenden Bereichen:

- Aktivitäten von Schulen in Zusammenarbeit mit Wirtschaft
- Aktivitäten der Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der Verwaltung
- Aktivitäten der Wirtschaft in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren
- Beratung über BNE in Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten

Fokus auf Schnittstellen

In vertiefenden Gesprächen an den Tischen gingen die Teilnehmenden im Anschluss Fragen nach, die sich aus der Verteilung von „Hot Spots“ und „blinden Flecken“ ergeben hatten: Welche Aktivitäten sind wünschenswert? Welche Art von Unterstützung wird benötigt? Wo fehlen noch Akteursgruppen? Dabei ging es vor allem darum, Herausforderungen und Chancen besonders spannender Schnittstellen herauszuarbeiten.

Fazit

In einer abschließenden Blitzlicht-Runde fasste jede Arbeitsgruppe kurz ihre Ergebnisse zusammen. An der Schnittstelle „Verwaltung & weitere Akteure“ fehlte den Teilnehmenden der Otto Normalverbraucher in der Matrix. BNE solle künftig auch von der Verwaltung verstärkt als Aufgabe wahrgenommen werden. Die Arbeitsgruppe „Verwaltung & Schule“ konstatierte, dass man in der Curriculararbeit in den zurückliegenden Jahren schon gut vorangekommen sei, das Angebot von Schule und Studierenden jedoch noch zu wenig angenommen werde. Die Arbeitsgruppe „Beratung & außerschulische Lernorte“ wünscht sich, dass zukünftig die Kompetenzen unterschiedlicher Lernorte noch besser genutzt würden. Zudem bedürfe es einer dauerhaften Finanzierung. An der Schnittstelle „weitere Akteure & Wirtschaft“ müsse ein Ort gefunden werden, an dem ein gemeinsamer Diskurs entstehen kann. Hier hatte sich unter dem Titel „Wirtschaft als Akteur“ eine Arbeitsgruppe abgespalten und mit zwei zentralen Fragen auseinandergesetzt: Wie glaubwürdig ist Wirtschaft? Und kann man Gelder neutralisieren? Die Arbeitsgruppe „Schule & außerschulischer Lernort“ stellte sich der Frage, wie es bei der Vernetzung weitergehen kann. Der Austausch zwischen erfahrenen Akteuren der Lehrerbildung und denjenigen, die noch nicht so weit sind, müsse intensiviert, systematisiert und online aufbereitet werden. Die Arbeitsgruppe „Schule & NGOs und Stiftungen“ betonte, dass diese Schnittstelle kein „blinder Fleck“ sei. Hier gebe es bereits Fördermöglichkeiten, vor allem im schulischen Bereich. Im Hochschulbereich hingegen bestehe bei den Fördermöglichkeiten noch Nachholbedarf.

„Ziel des Workshops ist es, Synergien zu erfassen, bestehende Kooperationen zu stärken sowie neue Potenziale zu erschließen. Um den Status quo einzuschätzen, werden sowohl ‚Hot Spots‘ als auch ‚blinde Flecken‘ der bisherigen Zusammenarbeit identifiziert.“

Prof. Dr. Andreas Keil

Das Podium von links nach rechts: Georg Gelhausen, Antje Grothus, Stefan Rostock, Dr. Arne Vorderwülbecke, Christoph Bals, Prof. Dr. Manfred Fishedick.



Workshop: **Zukunftsfähiger Strukturwandel – Kristallisationskeim für eine nachhaltige Entwicklung des Rheinischen Reviers**

Podium:

Christoph Bals, politischer Geschäftsführer Germanwatch e.V., Bonn

Prof. Dr. Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie gGmbH

Georg Gelhausen, Bürgermeister der Gemeinde Merzenich

Antje Grothus, Mitbegründerin der Bürgerinitiative Buier für Buir, ehemaliges Mitglied in der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Dr. Arne Vorderwülbecke, Stabsstelle Strukturwandel Rheinisches Revier, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW

Kommentierung:

Horst Becker, Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Stefan Rostock, NRW Fachpromotor Klima und Entwicklung, Germanwatch e.V.

Einleitung

Das absehbare Ende des Braunkohleabbaus und der Kohleverstromung in NRW sowie die mit dem Ausstieg zugesagten Mittel der Bundesregierung für einen Strukturwandel eröffnen Chancen für eine nachhaltigere

Entwicklung der Rheinischen Region zu einer neuen Pilotregion in Europa. Dafür liegen bereits eine Reihe von Ideen auf dem Tisch: die Weiterentwicklung zu einer „Energierregion der Zukunft“, die Etablierung als Modellregion für eine zukunftsfähige Mobilität und Landwirtschaft oder die Förderung lokaler sozialer Initiativen. Unter Moderation von Stefan Rostock, NRW Fachpromotor Klima und Entwicklung, gaben fünf Akteure auf dem Podium kurze Impulse für die anschließende Debatte. Zentral war dabei die Frage, wie der Prozess mit wem organisiert wird, wie kompatibel er mit dem Paris-Ziel von 1,5-Grad Erwärmung ist und welche Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Strukturwandel erforderlich sind.

Impulse

Den ersten Teil des dreiteiligen Themenblocks bestritten Christoph Bals, der politische Geschäftsführer von Germanwatch e.V., und Prof. Dr. Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut. Beide beschrieben den allgemeinen Handlungsdruck unter dem die Transformationsprozesse des Strukturwandels nicht nur in NRW, sondern weltweit stehen. Um das Risiko irreversibler Prozesse zu verhindern, müsse das 1,5-Grad-Klimaziel der Erderwärmung eingehalten werden, so Christoph Bals. Daraus resultiere ein Restbudget von aktuell 351 Gt CO₂, das allein durch die Emission von bereits bestehender oder geplanter Infrastruktur aufgebraucht wird. Denn diese stoße in ihrer vorgesehenen Restlaufzeit 846 Gt CO₂ aus, warnte er. In NRW etwa müssten die erneuerbaren Energien viel schneller vorangebracht werden, insbesondere im Windbereich. Gleichzeitig zeigte sich Bals fasziniert von der aufbrechenden Dynamik in Deutschland. Neben der Jugendbewegung „Fridays for Future“ oder den „Scientists for Future“ bildeten sich immer mehr gesellschaftliche Bündnisse, die einen nachhaltigen Strukturwandel einfordern. Das Industrieland NRW sei derzeit „null vereinbar“ mit dem Paris-Ziel. Es liege im Zentrum dieses transformativen Aufbruchs, der aber auch in den anderen G20-Staaten vorangetrieben werden müsse, vor allem mit Partnern wie Südafrika oder Indien.

Prof. Dr. Manfred Fishedick mahnte Investitionen in CO₂-neutrale Infrastrukturen an und forderte, fossile Optionen durch die heute bereits sehr kostengünstigen erneuerbaren Energien abzulösen. Beim Kompromiss der Kohlekommission zum Kohleausstieg bis 2038 sei zu hinterfragen, ob dies ein schneller Ausstieg sei. Er schlug vor, neue Wertschöpfungspotenziale zu erschließen und vorhandene auszuschöpfen wie etwa Power-to-X-Technologien als neue Energiedienstleistungen. Infrastruktur und Netzanschlüsse seien im Land vorhanden, ebenso die Technologieakteure aus Wissenschaft und Wirtschaft.



Dr. Arne Vorderwülbecke und Christoph Bals

Berichte des Gelingens

Der zweite Themenblock war geprägt von den Vorschlägen, die in den Gemeinden des Rheinischen Reviers für einen erfolgreichen Strukturwandel entstanden sind. Zunächst berichtete Georg Gelhausen über erste nachhaltige Projekte in Merzenich unter der Überschrift „Lust auf eine gute Zukunft“. In den Projekten ging es um Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft, klimafreundliches Wohnen und Arbeiten oder ein Mitmachportal. Seine Vision: Merzenich als „Zukunftsregion Agrar & Klima“ zu etablieren. Für Gelhausen steht fest, die Transformationsprozesse können nur mit den Menschen vor Ort vollzogen werden: Bottom-up.

Als Anwohnerin aus Buir, zudem im zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreis Strukturwandel engagiert, plädierte Antje Grothus für mehr politische Fantasie. Sie fragte: „Reichen die Maßnahmen und das vorliegende Strukturwandel-Konzept aus?“ Positiv bewertete sie das NRW-Klimaschutzgesetz, die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, die engagierte Umweltministerin, die aktive Zivilgesellschaft, die enormen Strukturmittel sowie die wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Ausgangslage. Doch bereits im NRW-Leitbild des geplanten Strukturstärkungsgesetzes für das Rheinische Revier finde sich der Paradigmenwechsel zu mehr Nachhaltigkeit nicht wieder. Außerdem sei der Absatz zur Bürgerbeteiligung nicht übernommen worden. Auch in den vier Zukunftsfeldern unter dem Dach der Internationalen Bau- und Technologieausstellung fehlten ihr gerade die soziokulturellen Nachhaltigkeitsaspekte. Angesichts des Handlungsdrucks sprach sie sich für eine Strukturkorrektur aus sowie für ein stärkeres Engagement der Landesregierung für einen nachhaltigen Strukturwandel.

Die richtigen Rahmenbedingungen

Den aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus der Kohlekommission skizzierte Dr. Arne Vorderwülbecke von der Stabsstelle des NRW-Wirtschaftsministeriums, die den Strukturwandel im Rheinischen Revier koordiniert. Er versprach, dass die Politik die Akteure in der Region unterstützen werde und einen Bottom-up-Prozess favori-

siere: „Strukturwandel kann nur gelingen, wenn die Impulse dafür aus der Region kommen.“ Das Strukturstärkungsgesetz, das den Rahmen für die Förderkulisse bildet, soll nach der Sommerpause verabschiedet werden. Grundlage für das Auswahlverfahren zur Vergabe der Fördergelder in Höhe von 14,8 Millionen Euro werde ein Wirtschafts- und Strukturförderprogramm sein, das sieben sogenannte Revierknoten bzw. Facharbeitskreise bis Januar 2020 erarbeiten werden. Das Programm orientiere sich an den Stärken des Rheinischen Reviers und den im Herbst veröffentlichten Handlungsfeldern. Ziel sei es, mit den Strukturmitteln neue nachhaltige und wertschöpfende Arbeitsplätze zu schaffen, inklusive Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähiger Energiepreise mit erneuerbaren Energien.

Kommentierung

Horst Becker, MdL Bündnis 90/Die Grünen, plädierte für einen Ausbau der Speichertechnologien sowie für eine nachhaltige Produktion von Wasserstoff durch Verbundlösungen der Sektoren Stahl, Chemie und Energie, ergänzt durch eine eigene Wasserstoffstrategie des Landes NRW. Auch innovative Ausgründungen aus der breiten Forschungslandschaft seien eine große Chance, Wertschöpfung in NRW zu behalten. Die Politik der Landesregierung führe zu Wertschöpfung bei erneuerbaren Energien außerhalb NRWs.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden vor allem die industriellen Potenziale des Rheinischen Reviers für eine zukunftsfähige Wertschöpfung ausgelotet. Ein Vertreter des Bau- und Liegenschaftsbetriebs des Landes NRW machte den Vorschlag, die Region zu einem Innovationszentrum für Kreislaufwirtschaft im Bereich Baustoffe auszubauen sowie für Recyclingbauteile. Bereits ausgewiesene Industrieflächen sollten etwa für die Ansiedlung von Batteriefabriken oder das damit verbundene Lithium- und Batterierecycling genutzt werden, schlug ein anderer Teilnehmer vor. Prof. Fishedick bestätigte das große Potenzial für Wertstoff- und chemisches Recycling. In diesem Zusammenhang machte Dr. Arne Vorderwülbecke deutlich, dass moderne Energiesysteme, die Mobilität der Zukunft wie auch die Kreislaufwirtschaft für die Landesregierung ohnehin wichtige Themen seien. Er forderte Fachexperten wie auch die Bürger vor Ort auf, sich in die

Arbeit der Revierknoten einzubringen. Im September findet die erste Konferenz der Revierknoten statt. Am Ende der Diskussion betonte Georg Gelhausen: „Für einen ambitionierten Kohleausstieg und zukunftsfähigen Strukturwandel sind die Verhandlungen der Bundesregierung mit RWE Power schnellstmöglich abzuschließen.“ Christoph Bals ergänzte: „Neben Bottom-Up brauchen wir ambitionierte Rahmenbedingungen: Top-Down“.

Fazit

Die Diskussion machte deutlich, dass das Thema Nachhaltigkeit bei allen Aktivitäten und Strategien der Transformation mitgedacht werden muss, angesichts des bestehenden Handlungsdrucks. Das Rheinische Revier besitzt ein sehr hohes industrielles Potenzial, um zukunftsfähige und wertschöpfende Arbeitsplätze zu schaffen. Sie könnten in der Region für eine neue Identität sorgen und die Akzeptanz künftiger Maßnahmen erhöhen, betonte Prof. Dr. Manfred Fishedick. Voraussetzung für einen erfolgreichen Transformationsprozess, der die Beteiligten auf allen Ebenen mitnimmt, sei jedoch ein fairer und transparenter Dialog. Moderator Stefan Rostock resümierte: „Der nachhaltige Strukturwandel ist kein Selbstläufer! Wir brauchen Ihr Engagement!“

„Neben Bottom-Up brauchen wir ambitionierte Rahmenbedingungen: Top-Down.“

Christoph Bals, politischer Geschäftsführer Germanwatch e.V., Bonn



Workshop: Nachhaltigkeit in der Ernährungswirtschaft

Impulse:

Stefanie Sabet, Geschäftsführerin, Leiterin Büro Brüssel der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE)

Dr. Michael Raß, Geschäftsführender Gesellschafter der fjol GmbH

Bianca Winkelmann, Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Dr. Michael Raß, Geschäftsführender Gesellschafter der fjol GmbH

Einleitung

Nachhaltiges Wirtschaften gewinnt auch in der Lebensmittelindustrie zunehmend an Bedeutung. Das Engagement der Unternehmen ist vielfältig und reicht von der Nutzung regenerativer Energiequellen über die Reduzierung von Abfällen bis hin zu einem wachsenden Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Beschäftigten. Doch das nachhaltige Handeln bringt auch Herausforderungen mit sich. So kann es mitunter teuer werden, umweltschonende Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Zudem ist der Wirkungsgrad zum Teil nur sehr schwer zu bemessen und für die Kunden bloß von geringem Interesse. Umso wichtiger ist es, auch die Chancen aufzuzeigen, die nachhaltiges Wirtschaften mit sich bringt.

Impulse

Stefanie Sabet beleuchtete den Beitrag der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) zum Branchenleitfaden der Ernährungsindustrie des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK). Dabei machte sie deutlich, weshalb die branchenübergreifende Transparenzinitiative zur freiwilligen Nachhaltigkeitsberichterstattung auch für die Lebensmittelindustrie von großer Bedeutung ist. „Bis 2050 werden mehr als neun Milliarden Menschen auf der Erde leben“, erklärte die Geschäftsführerin der BVE. „Aufgrund des rapiden Anstiegs der globalen Bevölkerungszahl werden bereits in naher Zukunft rund 60 Prozent mehr Lebensmittel benötigt. Daher müssen wir uns die Frage stellen, wie eine ausgewogene und qualitative Ernährung für die kommenden Generationen sichergestellt werden kann.“ Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weder allein von der Politik noch von einzelnen Unternehmen gelöst werden kann. „Wir setzen uns für einen Dialog zwischen Branche, Handel, Politik, Verbrauchern und Stakeholdern ein“, betonte Stefanie Sabet. „Dabei gehört es zu unseren Hauptzielen, sichtbar zu machen, was unsere Branche leistet. Denn wir haben ein gemeinsames ökonomisches, ökologisches und soziales Interesse daran, unsere Ressourcen über die kommenden Unternehmensgenerationen hinweg zu erhalten.“

Gewinnbringendes Engagement

Besonders kleinen und mittleren Unternehmen falle es schwer, ihr Nachhaltigkeitsengagement in die Öffentlichkeit zu tragen. Zwar seien Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern nicht vom Nationalen Umsetzungsgesetz zur EU-Berichtspflicht betroffen, dennoch könnte eine nachhaltige Kommunikation auch für sie gewinnbringende Auswirkungen haben. „Start-ups und innovative Unternehmen haben das bereits erkannt. Seit 2012 haben Nachhaltigkeitshinweise auf Verpackungen neu eingeführter Lebensmittel um 43,8 Prozent zugenommen. Bei den Konsumenten kommt das gut an. Rund ein Viertel der Käufer ist bereit, für nachhaltige Produkte mehr Geld auszugeben. Auch Banken und Investoren legen immer mehr Wert auf verantwortungsbewusstes Handeln. Deshalb wollen wir Unternehmen dazu motivieren, ihre eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu finden und über ihr Engagement zu sprechen.“ Außerdem sei es wichtig, auch Vergleiche unter den Teilbranchen zu ziehen, damit diese voneinander lernen können. Um den Akteuren der Lebensmittelbranche die verschiedenen Herangehensweisen aufzuzeigen, hat die BVE einen Branchenleitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex entwickelt. Dieser soll helfen, Nachhaltigkeitsaktivitäten besser zu kommunizieren sowie Stärken und Schwächen zu analysieren.

Verantwortung für Mensch und Natur

Im Anschluss folgte eine Präsentation von Dr. Michael Raß, Beiratsmitglied des Zentrums für Nachhaltige Unter-

nehmensführung (ZNU) und Geschäftsführer der fjol GmbH. Im ZNU sind rund 70 Partner organisiert. Darunter kleine und große Lebensmittelhersteller, Dienstleister, Medienpartner, Akteure aus Wissenschaft und Forschung sowie Start-ups und andere Netzwerker. Sie alle haben ein gemeinsames Ziel: Sie wollen das Thema Nachhaltigkeit nach vorne bringen. „Nachhaltigkeit bedeutet für uns, mehr Verantwortung für Mensch und Natur zu übernehmen“, erklärte Michael Raß. „Dabei ist es wichtig, die gesamte Wertschöpfungskette im Blick zu behalten – vom Anbau in den Ursprungsländern über den Verbrauch bis hin zur Entsorgung.“ Unternehmen befinden sich demnach in einem ständigen Spannungsfeld der Nachhaltigkeit, in dem sie sich folgende Fragen stellen müssen:

- Welchen Beitrag leisten wir für die Gesellschaft?
- Wie werden unsere Produkte nachhaltiger?
- Wie wird unser Unternehmen nachhaltiger?
- Wie gestalten wir den Austausch mit Anspruchsgruppen?

Top-Themen der Nachhaltigkeit

Auch in der Öffentlichkeit gewinnt das Thema Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung. Welche Auswirkungen das auf die Lebensmittelbranche hat, zeigte Michael Raß am Beispiel einiger Top-Themen: „Die ‚Fridays for Future‘-Bewegung rückt den Klimawandel in den Fokus der Öffentlichkeit. Das ZNU hat den Handlungsbedarf bereits 2018 erkannt und sich das Ziel gesetzt, an den deutschen Standorten der Partnerunternehmen bis 2022 klimaneutral zu wirtschaften, ohne Ablasshandel zu betreiben.“ Des Weiteren wies Raß auf Themen wie Biodiversität und das Insektensterben, die immer größer werdende Wasserknappheit und die viel diskutierte Recyclingfähigkeit von Verpackungen hin. „Vermeintlich nachhaltige Verpackungen verringern leider auch oft die Haltbarkeit der Produkte, was wiederum zu einer größeren Lebensmittelverschwendung führt“, machte Raß aufmerksam. Auch Themen wie Tierwohl und Veganismus



Dr. Michael Raß, Stefanie Sabet und Bianca Winkelmann

seien wichtige Felder. „Zudem steigt die Nachfrage nach Produkten mit reduziertem Salz-, Zucker- und Fettgehalt – eine positive Entwicklung, auf die die Wirtschaft reagieren muss.“ Um den Unternehmen zu helfen, sich im „Nachhaltigkeitsdschungel“ zurechtzufinden, hat das ZNU die verschiedenen Kriterien in drei Säulen der Nachhaltigkeit geclustert:

1. Umwelt (Klima, Energie, Verpackung, Wasser, Abfall, Tierwohl, u. a.)
2. Soziales (Arbeitssicherheit, Menschenrechte, Gesundheit, Demografie, u. a.)
3. Wirtschaft (Innovation, Qualität, Daten, Fairer Wettbewerb, Gerechte Wertschöpfung, u.a.)

„Zudem ist der ganzheitliche ZNU-Standard sogar durch unabhängige Prüfstellen, wie den TÜV Rheinland, zertifizierbar. Das macht Nachhaltigkeit nicht nur messbar, sondern auch sichtbar.“

Diskussion & Fazit

Abschließend gab MdL Bianca Winkelmann noch einige Denkanstöße und eröffnete die Diskussion. Die Sprecherin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz der CDU-Landtagsfraktion NRW war ursprünglich selbst im Einzelhandel eines landwirtschaftlichen Familienbetriebs tätig. Einer nachhaltigen Lebensmittelbranche misst sie große Bedeutung bei. „Der vernünftige Umgang mit Lebensmitteln ist sehr wichtig, denn ohne Rückhalt in der Gesellschaft laufen politische Maßnahmen ins Leere“, so Bianca Winkelmann. Die eigentliche Frage sei jedoch, wie Nachhaltigkeit auch in der Ernährungswirtschaft erreicht werden könne. Insbesondere die Verbraucherzentralen leisteten bereits einen wichtigen Beitrag, da sie den Konsumenten zeigen, wie sie bewusster, ökologischer und somit auch nachhaltiger einkaufen können. Zudem hob sie Bildungsprogramme lobend hervor, die das Ernährungsverhalten bereits im Kindesalter positiv beeinflussen. „Auch im Bereich der Landwirtschaft dürfen wir uns nicht vor der Digitalisierung verschließen“, betonte Bianca Winkelmann. „Das sogenannte ‚Precision Farming‘ ermöglicht durch den Einsatz von Drohnen schon heute eine zielgerichtete und ortsspezifische Bewirtschaftung von Nutzflächen. Dennoch ist die Politik gefragt, die Landwirtschaft 4.0 weiter voranzubringen.“ Zum Schluss betonte die Landtagsabgeordnete noch einmal die sozialen Nachhaltigkeitsaspekte: „Wir müssen aufpassen, dass ökologische, regionale und gesunde Lebensmittel für alle bezahlbar bleiben. Denn es darf nicht zu einer Zweiklassengesellschaft kommen, wenn es um Ernährung geht. Daher ist es wichtig, dass wir heute schon an morgen denken.“ Manfred Belle vom Eine Welt Netz NRW eröffnete die Diskussion mit der Frage, ob der Fleischkonsum nach Ansicht von Frau Winkelmann nicht



Dr. Michael Raß

zu hoch sei. „Ich will niemandem vorschreiben, was er essen darf, sondern bin der Meinung, dass der Markt sich selbst regulieren muss“, antwortete die Abgeordnete. Auf die Frage, ob in puncto Nachhaltigkeit politische Leitplanken notwendig seien, antwortete Stefanie Sabet: „Wir brauchen definitiv Rahmenbedingungen, an die sich alle halten. Aber es macht keinen Sinn, die Gesetze immer weiter zu verschärfen, sodass Produzenten ihr Fleisch am Ende nur noch aus dem Ausland beziehen.“

„Wir müssen aufpassen, dass ökologische, regionale und gesunde Lebensmittel für alle bezahlbar bleiben. Denn es darf nicht zu einer Zweiklassengesellschaft kommen, wenn es um Ernährung geht.“

Bianca Winkelmann, Sprecherin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Das Podium von links: Gero Oertzen, Friederike Behr, Dr.-Ing. Stephan Anders, Andrea Preiß und Markus Diekhoff.



Workshop: Nachhaltige und klimaneutrale Verwaltung

Impulse:

Friederike Behr, Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagementbeauftragte des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV)

Dr.-Ing. Stephan Anders, Leiter der Abteilung Zertifizierung bei der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen e.V. (DGNB)

Andrea Preiß, Referentin im Referat für Energieeffizienz, Klimagerechte Gebäude und Quartiere, Klimaneutrale Landesverwaltung und Wärme im Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Kommentierung:

Markus Diekhoff, Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen

Moderation:

Gero Oertzen, Fachbereichsleiter im Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)

Einleitung

Mit der Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen hat sich die Landesregierung auch dazu verpflichtet, die Landesverwaltung an den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Ziel ist eine klimaneutrale Verwaltung bis zum Jahr 2030. Dafür werden gezielte Maßnahmen in den Bereichen Gebäudemanagement, Mobilität, Kantinenbetriebe, Beschaffungswesen und Veranstaltungsmanagement umgesetzt. Im Workshop wurden Ansätze und Projekte für die nachhaltige und klimaneutrale Verwaltung in NRW vorgestellt und diskutiert. Neben erfolgreichen Maßnahmen wurden auch Faktoren beleuchtet, die eine nachhaltige Entwicklung hemmen.

Impulse

„Was man nach außen vermittelt, muss man auch selbst nach innen leben!“ Zum Auftakt des Workshops brachte Friederike Behr das Motto des LANUV auf den Punkt. Entsprechend entstand bereits auf der NRW-Nachhaltigkeits-tagung 2015 die Idee zum LANUV-Modellprojekt „Nachhal-



Andrea Preiß

tige Verwaltung der Zukunft“. Mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und des NRW-Umweltministeriums entwickelt sich das LANUV seitdem zur Modellbehörde für eine nachhaltige Landesverwaltung. Dabei werden die Bereiche Mobilität, Gebäude, Beschaffung, Kantinenbetriebe und Personalentwicklung bearbeitet. In seinem betrieblichen Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement orientiert sich das LANUV an den Kernelementen des europäischen Umweltmanagements EMAS und avisiert eine entsprechende externe Begutachtung bis zum Jahresende 2020. „Als eine Art Blaupause wollen wir auch anderen öffentlichen Einrichtungen Impulse geben und zeigen, wie nachhaltiges und klimaneutrales Wirtschaften in einer Landesbehörde umgesetzt werden kann“, erklärte Friederike Behr und stellte konkrete Einzelmaßnahmen vor. Dazu gehören u.a. die Kampagne „mission E“ zur Einsparung von Strom am Arbeitsplatz am LANUV-Standort Essen, das Pendlerportal für die Umwelt- und Wirtschaftsverwaltung mit rund 7.400 Beschäftigten an circa 90 Standorten, das Konzept zur nachhaltigen Optimierung der betrieblichen Mobilität (NOMO NRW) oder die Ausrichtung des Kantinenbetriebs an entsprechend konkreten Nachhaltigkeitskriterien wie der Verwendung regionaler Lebensmittel, dem Angebot von mindestens einem vegetarischen Menü und zwei Portionsgrößen. Nicht zuletzt gehört auch das Personalmanagement zur nachhaltigen Entwicklung einer öffentlichen Einrichtung. „Dass wir in kurzer Zeit viele Maßnahmen umgesetzt und gute Erfolge erzielt haben, ist vor allem dem Fachwissen und der aktiven

Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen im LANUV zu verdanken“, beschrieb Friederike Behr die aus ihrer Sicht wichtigsten Projektinhalte einer nachhaltigen Verwaltung. Für eine intensive Partizipation werden u.a. Workshops und Foren angeboten. Weiterhin sorgt das betriebliche Ideenmanagement für eine kontinuierliche Einbindung der Beschäftigten.

Dr.-Ing. Stephan Anders beschrieb in seinem Vortrag den Mehrwert zertifizierter Gebäude: „Die Zertifizierung ist eine wichtige strategische Weichenstellung und zeigt nicht zuletzt auch Verbesserungspotenziale auf.“ Das DGNB-System sieht eine Lebenszyklusbetrachtung vor und möchte ein Gleichgewicht zwischen den drei zentralen Nachhaltigkeitsbereichen Ökologie, Soziales und Soziokulturelles schaffen. Gleichzeitig wird die Gesamtpformance eines Projektes bewertet. Der neue LANUV-Standort in Duisburg gelte nicht zuletzt auch baulich als Pilotprojekt für eine nachhaltige und klimaneutrale Behörde. Das Gebäude wurde durch die DGNB zertifiziert und zeichnet sich unter anderem durch seine gute Lage in Bahnhofsnähe, Barrierefreiheit, eine Photovoltaikanlage zur Stromgewinnung und eine Regenwassernutzung für Toilettenspülungen sowie eine gute Wärmedämmung aus.

Andrea Preiß rückte die Herausforderungen auf dem Weg zur klimaneutralen Verwaltung auf Landesebene in den Fokus: Dazu müssen in zwölf Ressorts und 539 Behörden mit über 160.000 Beschäftigten die CO₂-Ausstöße in den

Bereichen Gebäude und Mobilität gemindert werden. „Wie bekommt man so viele Menschen an unterschiedlichen Standorten zusammen?“, stellte Preiß eine strategische Kernfrage. Um die CO₂-Emissionen kontinuierlich zu reduzieren, sollen in den Geschäftsbereichen der Ministerien Audits zur Klimaneutralität durchgeführt werden. Mit Blick auf das Zieljahr 2030 habe die Landesregierung bereits zentrale Themen – wie beispielsweise die Beschaffung von Ökostrom – umgesetzt und eine Einigung zum Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Landesliegenschaften erzielt. Als weitere Maßnahmen sind darüber hinaus die Einführung energetischer Gebäudestandards, ein Pilotprojekt zur Umstellung der Landesflotte auf klimagerechte Antriebe sowie ein Roll-Out der Mitfahrbörse auf die gesamte Landesverwaltung geplant. Auch der Austausch mit den Hochschulen in NRW soll die klimaneutrale Verwaltung weiter voranbringen.

Kommentierung

Der Landtagsabgeordnete Markus Diekhoff eröffnete eine angeregte Diskussion um die zeitliche und finanzielle Umsetzung der klimaneutralen (Landes)-Verwaltung: „Wir haben nur noch elf Jahre Zeit, wir stoßen an Grenzen. Jetzt müssen wir uns fragen, wie erreichen wir unser Ziel? Und welchen Mehrwert haben die verschiedenen Projekte für die Klimaneutralität wirklich?“ Diekhoff begrüßte einfache Ansätze wie das Angebot unterschiedlich großer Portionen in den Kantinenbetrieben des Landes, hinterfragte zugleich aber Maßnahmen mit Blick auf ihre Wirtschaftlichkeit. „Im Sinne der Nachhaltigkeit müssen wir uns auch ganz praktische Fragen stellen. Wie lange reicht das gesammelte Regenwasser für die Toilettenspülung? Rentiert sich eine solche Anlage angesichts der Lebensdauer des gesamten Gebäudes?“

Diskussion

Die Teilnehmer im Forum stellten die normative Verankerung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Transformation in Frage. Gute Ideen wie ein „Jobrad“ seien aufgrund tarifvertraglicher Vorgaben nicht umzusetzen. „Wir bewegen uns in einem rechtlichen Rahmen, der auch mal hemmt. Aber Rahmenbedingungen lassen sich ändern“, meinte Philipp Bergeron, Nachhaltigkeitsmanager beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Ein abschließender Austausch galt den Partizipationsverfahren: Wie werden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die nachhaltige und klimaneutrale Verwaltung eingebunden? Welche Rolle spielen Führungskräfte in Steuerungs- und Strategieprozessen? Für die erfolgreiche Verankerung eines betrieblichen Umwelt- und Nachhaltig-

keitsmanagements ist die Einbindung der Führungskräfte zentral. Verschiedene Partizipationsverfahren wurden im Projekt Nachhaltige Verwaltung der Zukunft erprobt, wie Friederike Behr skizziert. Die Ergebnisse des Projektes wird das LANUV unter www.nachhaltigeverwaltung.nrw.de veröffentlicht. Dazu gehören eine Zusammenfassung zum betrieblichen Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in Landesbehörden mit Eckpunkten für die Einführung und Umsetzung sowie verschiedene Maßnahmenblätter.

Fazit

Nordrhein-Westfalen will bis zum Jahr 2030 eine klimaneutrale Verwaltung erreichen. Viele Maßnahmen und Projekte wurden bereits erfolgreich auf den Weg gebracht. Entscheidend für die erfolgreiche Implementierung der nachhaltigen und klimaneutralen Verwaltung sind:

- Klare Strukturen in der Verwaltung
- Eindeutige und verbindliche Ziele
- Konkrete und wirksame Maßnahmen
- Eine ausreichende Ressourcenausstattung
- Eine intensive Partizipation zur Einbindung der Beschäftigten

„Dass wir in kurzer Zeit viele Maßnahmen umgesetzt und gute Erfolge erzielt haben, ist vor allem dem Fachwissen und der aktiven Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen im LANUV zu verdanken.“

Friederike Behr, Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagementbeauftragte des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV)



Andreas Wolter

Workshop: Kommunale Klimapartnerschaften und ihr Beitrag zur Erreichung kommunaler und globaler Nachhaltigkeitsziele

Podium:

Jessica Baier, Abteilungsleiterin Themenpartnerschaften und Agenda 2030 kommunal in der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Sofia Thives-Kurenbach, Stadt Solingen

Bürgermeister Andreas Wolter, Stadt Köln

Moderation:

Moritz Schmidt, LAG 21 NRW

Einleitung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt rief im Jahr 2012, gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW und im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ ins Leben. Unter der Moderation von Moritz Schmidt stellten im Workshop Akteure verschiedener Städte ihre Erfahrungen mit eigenen Klimapartnerschaften vor und gaben Einblicke in die Projektarbeit. Im Vordergrund stand dabei die Frage, welchen Beitrag kommunale Klimapartnerschaften zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele leisten.

Impulse

Um zu Beginn des Workshops einen inhaltlichen Rahmen zu ziehen, stellte Jessica Baier, Abteilungsleiterin Themenpartnerschaften und Agenda 2030 kommunal in der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), zunächst die Hintergründe des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaften“ vor: „Wir arbeiten mit deutschen Städten zusammen, die eine Partnerschaft mit einer Kommune im globalen Süden eingehen, beispielsweise in Lateinamerika, Südostasien oder Afrika.“ Ziel sei es, die fachliche Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung zu stärken. Über den Zeitraum der Kooperation entwickeln die Partnerkommunen ein Handlungsprogramm, um konkrete Probleme vor Ort anzugehen. „Mögliche Schwerpunktthemen sind unter anderem das Abwassermanagement, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft oder der Einsatz erneuerbarer Energien“, beschrieb Baier. „Worauf letztendlich der Fokus liegt, entscheiden die Partnerkommunen gemeinsam.“ In wechselseitigem Austausch entstehe während der Projektphasen eine feste Struktur, nach der Maßnahmen zur Umsetzung des Handlungsprogramms definiert und verfolgt werden. Nach diesem Prinzip wurden laut Baier bereits rund 80 Projekte umgesetzt, weitere seien in Planung. Insgesamt gibt es in Nordrhein-Westfalen 17 Partnerschaften mit 13 NRW-Kommunen – einige Städte gehen mit mehreren Kommunen eine Kooperation ein. Jessica Baier betonte: „Schon heute erleben die Kommunen im globalen Süden die Folgen des Klimawandels in Form von Dürren, dem Anstieg des Meeresspiegels und vielem mehr. Wir müssen unserer globalen Verantwortung gerecht werden.“ Durch die kommunalen Klimapartnerschaften würden globale Zusammenhänge deutlicher, zudem liefere die Kooperation einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) in den Kommunen.

Klimapartnerschaft Solingen – Thiès

Wie kommunale Klimapartnerschaften ganz konkret ablaufen, veranschaulichten nach der Einführung die Erfahrungsberichte zweier Städte. Den Anfang machte Sofia

Thives-Kurenbach aus dem Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Solingen. Mit Thiès, der zweitgrößten Stadt in der Republik Senegal, unterhält Solingen seit 1985 eine Städtefreundschaft, 2016 folgte die Partnerschaft. „Wir verfolgen seit Jahren zahlreiche Initiativen, um Thiès in Bereichen wie Gesundheit und Bildung zu unterstützen“, erklärte Thives-Kurenbach. Die kommunale Klimapartnerschaft ergänze diese Aktivitäten um wichtige Aspekte: „Gemeinsam haben wir ein umfangreiches Handlungsprogramm entworfen, das unter anderem die Entwicklung eines Klimakonzepts für Thiès vorsieht.“ Darüber hinaus zählten Maßnahmen zur Stärkung erneuerbarer Energien, zum Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und zur nachhaltigen Stadtentwicklung zu den Schwerpunkten des Programms. Die Vertreterin der Stadt Solingen machte deutlich: „Bei allen Maßnahmen gibt es Berührungspunkte zu verschiedenen SDGs. Das zeigt einmal mehr, wie verknüpft die Nachhaltigkeitsziele miteinander sind.“ Aktuell stehe das Thema Abfallmanagement im Vordergrund, in dessen Rahmen mehr Bewusstsein für Zusammenhänge, beispielsweise zwischen Überschwemmungen und durch Müll verstopfte Kanäle, geschaffen werden solle.

Klimapartnerschaft Köln – Yarinacocha

Den zweiten Erfahrungsbericht legte der Kölner Bürgermeister Andreas Wolter vor. Köln ist mit mehreren Kommunen eine Partnerschaft eingegangen: Neben Corinto in Nicaragua und Rio de Janeiro in Brasilien steht die Domstadt in engem Austausch mit Yarinacocha in Peru. „In allen drei Kommunen lässt sich beobachten, welchen Druck wachsende Städte und der Klimawandel auf die Umwelt ausüben“, beschrieb Wolter. Ein Augenmerk liege deshalb auf dem Schutz der Küsten und des Regenwaldes sowie auf der Beseitigung von Müllproblemen. Die Situation in Yarinacocha, auf die Wolter detailliert einging, stelle sich als besonders problematisch dar: Überschwemmungen, eine fehlende Abwasserentsorgung und die Abholzung des Regenwaldes hätten sowohl Auswirkungen auf das Klima als auch auf die Lebensweise der hauptsächlich vom Fischfang lebenden indigenen Völker. „Der Zusammenhang zu deutschen Lebensstandards, zu der wachsenden Palmölindustrie, ist klar erkennbar“, meinte Wolter. „Wir müssen in Deutschland unser Verhalten ändern,



damit sich auch in den Partnerkommunen die Situation ändert. In der Klimapartnerschaft arbeiten wir deshalb daran, in beiden Städten mehr Bewusstsein für Umweltschutz zu schaffen und gleichzeitig die CO₂-Emissionen zu reduzieren.“ Ein weiteres Ziel sei die Stärkung der indigenen Völker und ihrer Jugend. Dafür gebe es laut Wolter einen Austausch zwischen Jugendlichen aus Köln und aus Peru, die für ein Freiwilliges Soziales Jahr oder zur Unterstützung bestimmter Arbeiten in die jeweilige Partnerkommune fahren. „Der persönliche Kontakt ist für das Gelingen der Partnerschaft sehr wichtig“, so Wolter.

Diskussion

Im Anschluss an die Erfahrungsberichte leitete Moderator Moritz Schmidt von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW die Diskussionsrunde ein. Grundsätzlich sprachen sich die Teilnehmenden des Workshops positiv zu den Aktivitäten im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaften aus. Einige berichteten in kurzen Statements von ihren eigenen Erfahrungen, die sie in ähnlichen Zusammenhängen gemacht hatten. „Um Entwicklungen voranzutreiben, braucht es aus meiner Sicht drei Dinge: Zeit, Geld und Engagement“, erzählte etwa ein Teilnehmer. „Es ist wichtig, zu verstehen, dass die Leute in anderen Teilen der Welt anders denken als in Deutschland. Wenn man das realisiert und Ressourcen sinnvoll nutzt, ist schon viel gewonnen.“ Jessica Baier ergänzte dazu, dass besonders die Abstimmung der Akteure innerhalb der kommunalen Klimapartnerschaften von zentraler Bedeutung sei, damit Prozesse angestoßen werden könnten. Auch Bürgermeister Andreas Wolter stimmte dem zu: „Man braucht Ressourcen wie Geld und Personal, um kommunale Strukturen zu schaffen. Darüber hinaus muss man jedoch auch die Situation vor Ort verstehen. Der Wunsch, dass man wahrgenommen wird, ist in Städten wie Yarinacocha enorm.“ Man dürfe laut Wolter allerdings keine europäischen Maßstäbe anlegen, da es in den Partnerkommunen oft Probleme mit Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Ähnlichem gebe.

Fazit

Die Impulse und die Beiträge aus der Diskussion lieferten einige Antworten auf die Frage, wie die kommunalen Klimapartnerschaften zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen. Wie an verschiedenen Stellen deutlich wurde, sind die 17 SDGs unterschiedlich stark miteinander verknüpft. Maßnahmen, die die Partnerkommunen im Rahmen der Kooperation umsetzen, haben deshalb nicht nur Auswirkungen auf die Bereiche Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, sondern auf lange Sicht auch auf andere Nachhaltigkeitsthemen. Die Zusammenarbeit einer deutschen Stadt mit einer Kommune im globalen Süden trägt außerdem dazu bei, globale Zusammenhänge erkennbar und greifbar zu machen: Neben dem Aufbau von Strukturen und Handlungsprogrammen in der Partnerkommune regen die Klimapartnerschaften dazu an, das eigene Verhalten in Deutschland zu überdenken. Somit leistet das Projekt einen Beitrag für nachhaltige Entwicklungen in beiden „Welten“.

„Wir müssen in Deutschland unser Verhalten ändern, damit sich auch in den Partnerkommunen die Situation ändert.“

Andreas Wolter, Bürgermeister Stadt Köln



Nachhaltige Finanzen für ein enkeltaugliches Nordrhein-Westfalen

Lutz Lienenkämper, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, wieder in meiner Studienstadt Bonn sein zu können. Wir sind hier in besonderer Umgebung. Lässt man beispielsweise vom Drachenfels den Blick über das Siebengebirge schweifen, so kann man sich der Faszination kaum entziehen. Über Jahrmillionen ist hier eine herrliche Naturlandschaft entstanden. Es ist faszinierend zu sehen, wie es der Natur über Jahrtausende immer wieder gelang, die Dinge in die richtige Balance zu bringen. Überhaupt ist die Balance ein hohes Gut in der Natur. Auf sich gestellt regulieren sich natürliche Ökosysteme von alleine. Seien es nun der Wasserkreislauf, die Temperatur oder das Wetter. Nimmt man den Menschen jedoch in die Gleichung auf, dann ist es mit der Balance schnell vorbei. Wir Menschen neigen offenbar irgendwie zum Übertreiben. Wir müssen immer wieder daran erinnert werden, Augenmaß zu bewahren und Maß zu halten oder anders gesagt, nachhaltig zu handeln.



Gerade in Zeiten rasanter, von uns selbst angetriebener Veränderungen ist das besonders bedeutsam. So erinnerte Hans Carl von Carlowitz Anfang des 18. Jahrhunderts seine Zeitgenossen an ein kluges, forstwirtschaftliches Prinzip: Fällt nicht mehr Holz als jeweils nachgewirtschaftet werden kann. Aufgrund dieser einfachen, aber wegweisenden Gleichung gilt Carl von Carlowitz als Erfinder der Nachhaltigkeit. Bereits 1713 in seinem ersten eigenständigen Werk über die Forstwirtschaft hat er das Wort „nachhaltig“ verwendet. Heute wird das Wort fast schon inflationär gebraucht. Es entstammt einer Zeit, in der es dank eines rasanten Bevölkerungswachstums in den Städten und des wachsenden Bedarfs des Rohstoffs Holz zu einer echten Holzkrise gekommen war. Es bedurfte der Erinnerung, Maß zu halten mit den vorhandenen Ressourcen. Es ging darum, die Balance zu wahren, und nicht nur an das Hier und Heute zu denken, sondern auch an das Morgen und das Übermorgen. Denn mit der Industrialisierung schuf der Mensch neben den enormen Entwicklungschancen auch große soziale und ökonomische Probleme. In dem Maße, in dem auf diese

nachhaltig reagiert wurde, konnten sie jedoch größtenteils auch gelöst werden. Etwa durch die Einführung von Sozialversicherungen oder durch die Kreislaufwirtschaft.

Auch die aktuellen, großen Entwicklungen unserer Zeit, Globalisierung und Digitalisierung, bringen neben vielen positiven Entwicklungschancen eben auch neue Herausforderungen mit sich. Vieles spricht dafür, dass auch diese mithilfe nachhaltiger Konzepte lösbar sind. Deshalb sollten wir uns auch heute wieder ganz besonders daran erinnern, nachhaltig zu handeln. Nachhaltige Finanzen ermöglichen dies auch in anderen Lebens- und Politikbereichen. Es war wohl kein Zufall, dass der Erfinder der Nachhaltigkeit zwar die Forstwirtschaft im Blick hatte, selber aber auch Kameralist war. Geld, oder besser noch Steuergeld, ist eben keine natürliche Ressource. Die Grundidee der Nachhaltigkeit gilt auch in der Finanzpolitik: Wir sollten nur maximal so viel ausgeben wie wir einnehmen, damit die Kinder und Enkel nicht eines Tages von den geerbten Altlasten erdrückt werden. Politik tut gut daran, sich an diesem Nachhaltigkeitsprinzip zu orientieren.

Nachhaltige öffentliche Finanzen und die Förderung nachhaltiger, ökologischer, sozialer und ethischer Standards sowie die Bewahrung der Schöpfung korrelieren positiv miteinander. Eine nachhaltige Haushaltspolitik eröffnet neue Chancen. Zu lange ist hier nicht auf das Morgen, sondern nur auf das Heute geschaut worden. Vorsorge ist in Nordrhein-Westfalen viel zu lange zu kurz gekommen. Neue Schulden wurden regelmäßig auf alte Schulden getürmt. Unsere Landesbank, die WestLB, hat überall auf der Welt glitzernde Büros eröffnet und ist dann implodiert, mit riesigen Haftungslasten, die das Land NRW immer noch treffen. Wir haben jahrelang munter neue Beamte eingestellt, ohne zu planen, woher eines Tages die daraus resultierenden Pensionslasten bezahlt werden sollen. Diese Zeiten sind jetzt vorbei. Wir haben aktuell im Haushaltsjahr 2019 und auch schon mit unserem ersten Gestaltungshaushalt 2018 die Haushaltswende geschafft. Erstmals seit 1973 haben wir keine neuen Schulden mehr eingeplant, sondern sogar Schulden getilgt. Wir werden diese Politik in der gesamten Legislaturperiode durchhalten, weil sie zutiefst nachhaltig ist. Alles andere wäre das Lösen von Problemen auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder.

Für die Pensionslasten unseres Landes hat mein Vorgänger im Amt, Helmut Linsen, Mitte der Nullerjahre zum allerersten Mal einen Fonds gegründet, dessen Rücklagen dazu dienen, die entstehenden Pensionszahlungsspitzen zu glätten. Gleich nach der Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir diesen Fonds um zusätzlich 800 Millionen Euro gestärkt. Damit wollen wir schon jetzt Vorsorge für die absehbaren Ausgaben schaffen, wenn wir es finanziell können. Das Nachhaltigkeitsprinzip prägt unsere Haushalts- und Finanzpolitik enorm. Wir gehen aber noch einige Schritte weiter, denn wir verbinden Nachhaltigkeit mit den notwendigen Investitionen. Es gilt, Geld genau dort zu investieren, wo wir in Nordrhein-Westfalen besser werden müssen. Deswegen investieren wir nachhaltig in Strukturen im Bereich von Ökologie, Sozialem und guter Unternehmensführung.

In der zurückliegenden Woche haben wir zusammen mit Hessen, Baden-Württemberg und Brandenburg festgelegt, künftig erhebliche Mittel unserer Pensionsfonds auf Basis von miteinander abgestimmten, nachhaltigen Kriterien anzulegen. Wir werden das innerhalb der Pensionsfonds bestehende Aktienvermögen, das aktuell rund 3,6 Milliarden Euro beträgt, in Unternehmen investieren, die in den Bereichen Ökologie, Soziales und Unternehmensführung beste Bewertungen aufweisen können. Dazu werden aktuell zwei nachhaltige Aktienindizes entwickelt – einer

für die Eurozone und einer für außerhalb. Allein in NRW werden wir nun schrittweise 1,4 Milliarden Euro aus börsengehandelten Indexfonds in die neue nachhaltige Indexstruktur überführen. Wir knüpfen dabei an eine bereits bestehende Nachhaltigkeitsstrategie an, die wir in unserem Land schon länger verfolgen. Nachhaltigkeitsanleihen gehören schon lange zum festen Bestandteil des nordrhein-westfälischen Kapitalmarktauftritts. NRW hat seit 2015 fünf Nachhaltigkeitsanleihen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 8 Milliarden Euro emittiert. Diese Nachhaltigkeitsanleihen refinanzieren Projekte des Landes, die aufgrund vorteilhafter sozialer oder ökologischer Auswirkungen die langfristige Entwicklung unseres Landes stärken. Dabei handelt es sich unter anderem um Projekte aus den Bereichen Forschung, Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur, Klimaschutz und Energie. Damit wenden wir uns gezielt an Investoren, die Wert auf eine Anlage in langfristig förderungswürdige und nachhaltige Projekte legen. Die letzte Nachhaltigkeitsanleihe haben wir im März dieses Jahres vergeben. Sie hatte ein Volumen von 2,25 Milliarden Euro und das Orderbuch war mit annähernd 8 Milliarden Euro um ein Vielfaches überzeichnet. Das zeigt, dass wir mit unserem Angebot den Nerv des Marktes treffen: Nachhaltigkeitsanleihen sind derzeit besonders attraktiv und wir wollen diese Politik der Anleihen fortsetzen. Das zeigt sehr deutlich, dass Nachhaltigkeit für die öffentlichen Finanzen nicht nur unerlässlich, sondern auch lohnend ist. Über eine an Nachhaltigkeitsprinzipien ausgerichtete Finanz- und Haushaltspolitik ergeben sich neue Chancen. Nachhaltigkeit ist daher auch ein zentraler Baustein für unser Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen.

Sich der Bedeutung nachhaltigen Handelns zu erinnern, bleibt seit den über 300 Jahre alten, forstwirtschaftlichen Beobachtungen von Carl von Carlowitz eine stetige Aufgabe für uns Menschen. Die Nachhaltigkeitstagung leistet deshalb einen wichtigen Beitrag, indem sie unsere Sinne erneut für diese Gedanken schärft. Dass sie hier in Bonn, an der Pforte zu einer besonders reizvollen Naturlandschaft stattfindet, passt da sehr genau ins Bild. Denn die Natur liefert selbst den besten Anschauungsunterricht für funktionierende Nachhaltigkeit. Wir werden dies nun durch einige theoretische Diskussionen im Rahmen der Podiumsdebatte bereichern, worauf ich mich sehr freue.

Das Podium von links: Finanzminister Lutz Lienenkämper, Carola Gräfin von Schmettow, Moderatorin Dr. Tanja Busse, Peter Bednarz, Jens Schmidt-Bürgel und Prof. Dr. Dörte Diemert.



Podiumsdiskussion III: Nachhaltige Finanzen für ein enkeltaugliches Nordrhein-Westfalen

Teilnehmer:

Lutz Lienenkämper, Finanzminister des Landes NRW

Peter Bednarz, stellvertretender Vorsitzender des Landesjugendrings NRW

Prof. Dr. Dörte Diemert, Kämmerin der Stadt Köln

Carola Gräfin von Schmettow, Sprecherin des Vorstands von HSBC Deutschland

Jens Schmidt-Bürgel, Geschäftsführer Moody's Deutschland

Moderation:

Dr. Tanja Busse, freie Journalistin

Prof. Dr. Dörte Diemert, seit Januar Kämmerin der Stadt Köln, erläuterte zunächst, wie ein kommunaler Nachhaltigkeitshaushalt funktioniert: „Als Finanzerin ist es mir natürlich besonders wichtig, im Sinne der Generationengerechtigkeit auch die finanzielle Nachhaltigkeit im Blick zu haben. Das bedeutet: Jede Generation darf nur die Ressourcen verbrauchen, die sie selbst auch erwirtschaftet. Damit wollen wir eine enkeltaugliche Finanzwirtschaft auf den Weg bringen.“ In Köln gibt es den sogenannten Nachhaltigkeitshaushalt, eine besondere Spielart des wirkungsorientierten Haushalts, wie die Expertin ausführte. Schließlich wolle die Stadt mit ihrem Haushalt nicht nur Finanzen abbilden, sondern tatsächlich auch Wirkungen bewegen. „Wir haben mit einigen Pilotämtern auf Basis der Sustainable Development Goals sowie der Bundes- und Landes-Nachhaltigkeitsstrategie einmal hinterlegt, wie wir durch unsere Produkte im Haushalt dazu beitragen, die übergeordneten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Das ist ein ganz wunderbares Projekt, das mit überschaubarem Aufwand umzusetzen war, und ein Bewusstsein dafür

schaft, dass wir trotz unserer kommunalen Perspektive zu den übergeordneten Zielen beitragen“, so die Stadtkämmerin weiter.

Der Nachhaltigkeitshaushalt als Instrument

Mit Blick auf die finanzielle Nachhaltigkeit sei sie selbst ein großer Freund des Haushaltsausgleichs, betonte Prof. Dr. Dörte Diemert. Mit dem letzten Haushalt habe man den ersten Kölner Tragfähigkeitsbericht vorgelegt, der eine Nachhaltigkeitslücke von 460 Millionen Euro ausweist. „Diese Summe bräuchten wir eigentlich, um den Nachhaltigkeitsanforderungen, die wir für uns formuliert haben, gerecht zu werden. Das zeigt: Wir müssen vor der eigenen Haustüre kehren und unsere Verantwortung wahrnehmen“, erklärte die Finanzexpertin. Dennoch glaube sie, dass die Stadt Köln mit dem Instrument des Nachhaltigkeitshaushalts ein Stück weit vorangeschritten sei. Letztlich zeige das Instrument auch anderen Nachahmer-Kommunen, wie sich die 17 SDGs der UN in Finanzpolitik übersetzen lassen. Ein Patentrezept habe sie nicht. Gerade kleineren Kommunen mit wenig Geld müsse klar sein, dass jedes Investment in eine nachhaltige, zukunftsorientierte Strategie auch mit Finanzen hinterlegt sein muss. „Wir müssen in der Kommunalpolitik ein Bewusstsein dafür schaffen und Prioritäten setzen. Mit dem Nachhaltigkeitshaushalt kann uns das gelingen“, so Prof. Diemert.

Klimabewusste Investments im Trend

Carola Gräfin von Schmettow, Sprecherin des Vorstands von HSBC Deutschland, erläuterte die wachsende Bedeutung nachhaltiger Investments: „Der Klimawandel gehört für Anleger zu den größten globalen Risiken. Deshalb fragen institutionelle Kunden und Asset Manager immer stärker grüne Anlagen nach. Die Finanzindustrie steht zunehmend unter Druck, entsprechende Produkte bereitzustellen.“ Die Großbank HSBC hat klimabewusste Investments und nachhaltige Finanzen frühzeitig als Wachstumsthema erkannt und bereits 2004 Nachhaltigkeitsrisiken für die Branchen Bergbau, Energie, Che-



Carola Gräfin von Schmettow



Prof. Dr. Dörte Diemert im Gespräch mit Tanja Busse.

mie und Agrarwirtschaft festgelegt. HSBC bekennt sich zudem zu den Equator Principles, einem internationalen Rahmenwerk für Sozial- und Umweltstandards bei Projektfinanzierungen. „Es geht letztendlich immer um Risk-Management“, betonte von Schmettow, „und das treibt den Markt.“ Die wachsende Nachfrage nach grünen oder nachhaltigen Anlagen dränge Unternehmen zu massiven Änderungen in ihren Geschäftsmodellen. Somit spielen Banken als Finanziers und Kreditgeber eine zentrale Rolle bei der nachhaltigen Umgestaltung der globalen Wirtschaft. Diese Entwicklung am Finanzmarkt stelle allerdings die mittelständische Wirtschaft vor große Herausforderungen. „Für CO₂-intensive Industrie- und Zulieferunternehmen ist die Transition zur Nachhaltigkeit mit einem hohen Investitionsbedarf verbunden, der auch zur Verschuldung führen kann. Der Mittelstand trägt die Wirtschaftsleistung unseres Landes und braucht gezielte Hilfen. Das müssen wir sehen, sonst kriegen wir die Transition nicht hin“, gab von Schmettow zu bedenken und forderte diesbezüglich politische Weichenstellungen sowie klare Rahmenseetzungen für die Finanzwirtschaft. Es gebe keine einheitlichen Mindeststandards – weder für nachhaltige Investments, noch für Finanzprodukte oder Kreditvergaben.

Nachhaltige versus finanzielle Solidität

Die Forderung nach Standards teilte auch Jens Schmidt-Bürgel, Geschäftsführer der Ratingagentur Moodys Deutschland GmbH: „Die Märkte sind in Sachen Nachhaltigkeit in einer geradezu euphorischen Stimmung. Aber die Transformation der Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung wird viel Geld kosten und da sind auch Insolvenzen möglich“, richtete Schmidt-Bürgel den Fokus auf das Dilemma zwischen nachhaltiger und finanzieller Solidität im Credit-Rating von Unternehmen bzw. der Bewertung von Investments. Schmidt-Bürgel nannte dazu ein Beispiel aus der Autoindustrie: Tesla sei zwar nachhaltig, aber zurzeit finanziell nicht solide und daher wenig kreditwürdig. Volkswagen dagegen sei trotz Dieselskandal finanziell solide. Dabei ist für Schmidt-Bürgel eines sicher: Die Transformation zur Nachhaltigkeit wird die Kreditprofile von Unternehmen ändern. Das zeige sich schon heute bei den Energieversorgern. „Die Kapitalmärkte werden die nachhaltige Entwicklung durch den Druck der



Anleger beschleunigen, aber die Politik muss die Rahmenbedingungen für die Transformation vorgeben“, sagte der Rating-Experte und betonte: „Niemand weiß wirklich, was grün ist!“ Carola von Schmettow ergänzte, dass es bei nachhaltigen Investments durchaus auch Zielkonflikte gebe. So diene der Bau eines Staudamms zwar der Stromgewinnung aus Wasserkraft, trage aber gleichzeitig zur Zerstörung der Biodiversität bei.

Veränderung jetzt herbeiführen

Den Blick der Jugend auf nachhaltige Finanzfragen vertrat Peter Bednarz, der den Bogen zu der „Fridays for Future“-Bewegung schlug: „Kinder und Jugendliche protestieren momentan gegen Kapitalismus, für eine andere Wirtschaft und für den Klimaschutz. Dabei sind sie voller Ungeduld, aber auch entschlossenkräftig – sie wollen Veränderungen herbeiführen.“ Aus seiner Sicht gebe es schon einige Fortschritte, allerdings frage er sich auch, warum diese Veränderungen erst so spät zum Tragen kämen. Heute ständen wir vor der Frage, wie wir das System nachhaltig und grün verändern können. „Dabei müssen wir auch schauen, wie transparent die Kriterien sind“, so Bednarz. „Können wir diese öffentlich diskutieren oder geschieht das hinter geschlossenen Türen?“ Wichtig sei, das Kerngeschäft nachhaltig aufzustellen, und zwar nicht erst in zehn oder zwanzig Jahren, sondern jetzt. Bednarz fasste zusammen: „Dafür gehen die Leute auf die Straße und demonstrieren. Ich hoffe, dass wir tatsächlich über eine enklfähige Zukunft reden können und keine Chancen verbauen. Um das zu schaffen, müssen wir den gemeinsamen Schulterschuss hinkriegen.“

Industrieland mit nachhaltiger Umweltpolitik

„Wenn wir ans Klima denken, dann müssen wir im Weltmaßstab denken“, mahnte Lutz Lienenkämper und betonte: „Deutschland ist nicht der Mittelpunkt der Welt und auch beim CO₂-Ausstoß kein Spitzenreiter. Ich glaube, wir sind aktuell für 2,2 Prozent des Weltausstoßes verantwortlich.“ Daher sei es unsinnig, aus Nachhaltigkeitsgründen hier bei uns in NRW ein Stahlwerk zu schließen, das dann kurze Zeit später in Indien oder China neu aufgebaut würde. Bei diesem Szenario könne er prognostizieren, dass mit Blick auf den

CO₂-Ausstoß für das Weltklima eine Verschlechterung eintritt, so der Finanzminister: „In Deutschland haben wir sehr hohe Standards. Das ist anderswo zum Teil nicht der Fall. Das bloße Verlagern eines Werks von einem Teil der Welt in einen anderen kann also nicht die Lösung sein.“ Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, weltweit wirkende Standards zu setzen.

Nordrhein-Westfalen müsse sich derweil der schwierigen Aufgabe stellen und auf der einen Seite ein Industrieland mit Produktivität und sicheren Arbeitsplätzen bleiben, auf der anderen Seite aber den Umstieg schaffen hin zu erneuerbaren Energien, zu nachhaltiger Umweltpolitik und zur Bewahrung der Schöpfung. „Dieses Nebeneinander ist ein Spagat, bei dem wir beiden Seiten gerecht werden müssen“, erklärte Lienenkämper.

Vorreiter für Klima- und Umweltschutz

Im Rahmen einer kurzen Fragerunde wurde auch das Publikum in die Diskussion eingebunden. Ein Teil der Wortmeldungen ließ erkennen, dass sich die Tagungsteilnehmenden von Politik und Verwaltung ein zügiges Handeln wünschen. „Bei aller weltpolitischen Bedeutung ist es wichtig, dass wir auch im Kleinen unsere Verantwortung vor Ort wahrnehmen“, erklärte dazu Prof. Dr. Dörte Diemert. Dafür wünscht sich die Kämmerin der Stadt Köln einen Satz messbarer Kriterien. „Wenn wir als Kommune festlegen müssen, anhand welcher Kriterien wir Nachhaltigkeit bemessen, dann werden viele damit überfordert sein“, so ihre Befürchtung. Lutz Lienenkämper betonte derweil in seinem Schlusswort, dass NRW Vorreiter bleiben will – sowohl in der Finanzpolitik als auch im Einsatz für mehr Klima- und Umweltschutz: „Dabei wollen wir in NRW das Gleichgewicht bewahren: Bei allem Einsatz für die Umwelt brauchen wir doch auch weiter Wertschöpfung, Arbeitsplätze und gute Strukturen, damit wir den Transformationsprozess organisieren können. Wir müssen forschen und entwickeln und natürlich wollen wir dabei die Besten sein. Das alles braucht Geld, das anderswo erwirtschaftet werden muss. Deswegen wollen wir beides im Auge behalten und im besten Sinne nachhaltig und enkelgerecht arbeiten.“



Fazit

Abschlussinterview mit Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

In einem abschließenden Fazit fasste Dr. Heinrich Bottermann, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, im Gespräch mit Moderatorin Dr. Tanja Busse die wesentlichen Erkenntnisse des Tages zusammen. Dabei stellte der Staatssekretär vor allem die Podiumsdiskussion um nachhaltige Finanzen heraus: „Der Umgang mit Kapital unter Nachhaltigkeitsaspekten ist für mich einer der Schlüssel, wie wir Nachhaltigkeit in unserem Lande verankern können.“ Eine gezielte Förder- und Nachfragepolitik sei seines Erachtens noch wichtiger, als auf die Ordnungspolitik zu setzen. Ein Wandel hin zur Nachhaltigkeit sei nur über den Verstand der Menschen zu erzielen. „Wir müssen die Menschen erreichen. Nachhaltiges Leben und Wirtschaften muss zur Normalität werden und sollte nicht von der Politik vorgegeben sein.“



Dr. Tanja Busse im Gespräch mit Staatssekretär Dr. Heinrich Bottermann.

Viele große Unternehmen im Land, die weltweit agieren, hätten ihre Nachhaltigkeitskriterien bereits festgelegt. „Aber auch die kleinen Akteure vor Ort, die wir gerade durch den Energiemarkt kennengelernt haben, sind natürlich wichtige Partner auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit. Sie zeigen, dass man auch im regionalen Kreislauf verschiedene Dinge wie zum Beispiel Strom produzieren kann“, so Dr. Heinrich Bottermann. Gerade im Bereich der Photovoltaik wie auch bei den regionalen Produktionsgesellschaften bestehe in NRW jedoch noch Nachholbedarf. „Letztlich kommt es auf eine gesunde Mischung an. Wir

brauchen große Unternehmen mit ihrem internationalen Handel wie auch die kleinen, regionalen Partner vor Ort“, stellte der Staatssekretär heraus.

Nordrhein-Westfalen wird nun die Nachhaltigkeitsstrategie von 2016 weiterentwickeln und die vielfältigen Elemente und Fragestellungen, die im Rahmen der Tagung angesprochen wurden, mitdenken. Ziel sei es, noch in diesem Jahr ein entsprechendes Papier vorzulegen. Dennoch gelte auch hier: Qualität geht vor Geschwindigkeit.

Evaluation

Die Evaluationsbögen wurden insbesondere bei der Rückgabe der Namensschilder an die Teilnehmenden ausgegeben. Die meisten Bögen wurden noch direkt vor Ort an der Akkreditierung ausgefüllt.

29 von 400 Besuchern der Nachhaltigkeitstagung nahmen an der Evaluationsumfrage teil. Hiervon waren 16 Frauen, neun Männer und zwei divers. Die übrigen erteilten keine Angabe zum Geschlecht. 21 Teilnehmende (72 %) bewerteten die Nachhaltigkeitstagung mit gut bis sehr gut. Sechs Teilnehmer (21 %) empfanden die Veranstaltung als weniger gut. Zwei Teilnehmende gaben keine Gesamtbewertung ab.

Die Einbindung von Dr. Eckart von Hirschhausen sowie des Improvisationstheaters stach in den Bewertungen positiv hervor. Zum Plenum wurde am meisten kritisiert, dass es zu wenig Diskussionsraum mit den Teilnehmenden selbst und zu wenig Zeit zum Austausch gab. Die Vorträge / Diskussionsrunden der Expert*innen wurden in den Bewertungen als zu lang eingeschätzt und einige wünschen sich weniger Politiker/Geschäftsführer und mehr Vertreter von Initiativen oder Projekten als Redner oder auch mehr Vertreter der jüngeren Generation.

Auch die Einstellung der Klimaanlage im Plenum wurde bemängelt.

Die Moderation wurde überwiegend als sehr gut bewertet.

Die Workshops kamen größtenteils gut an, wurden aber von vielen als zu kurz erachtet und könnten noch interaktiver gestaltet werden. Die Teilnahme der MdLs an den Workshops wurde als positiv angemerkt.

Kritisiert wurde teilweise der Kostenbeitrag in Höhe von 10€ für das Essen sowie die geringe Auswahl beim Catering. Ergänzend dazu wünschen sich einige ein klar gekennzeichnetes veganes Speisenangebot.

Der Markt der Möglichkeiten kam mit seinen Ständen gut an, gerne hätte man sich aber längere Pausen zur Vernetzung und zum Austausch gewünscht.

Die Teilnehmer empfehlen, die gesamte Tagung interaktiver – bspw. mittels World Café oder Hot Chairs – zu gestalten. Des Weiteren kam der Wunsch auf, die Ergebnisse der Workshops im Plenum vorzustellen.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sieht vor, dass sich die Landesverwaltung bei der Organisation von Veranstaltungen am „Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen des Umweltbundesamts“ orientiert. Dieser Leitfaden wurde auch bei der Umsetzung der 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung in Bonn angewandt. Hier einige wichtige Elemente:

Einladungsmanagement

Für ein umweltfreundliches Einladungsmanagement wurde auf Papier und Druck verzichtet. Die Einladungen sowie der Reminder zur 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung wurden in digitaler Form versandt und das Programm stets in aktualisierter Form auf der Webseite veröffentlicht.

Drucksachen

Um den Papierverbrauch niedrig zu halten, wurden am Akkreditierungsstand lediglich wichtige Infomaterialien ausgelegt. Hierbei wurde die Menge an Drucksachen im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal reduziert. Das Ansichtsmaterial wurde weitgehend doppelseitig bedruckt und Papier verwendet, welches mit dem Siegel des „Blauen Engels“ zertifiziert ist. Farbdrucke wurden ebenfalls vermieden und lediglich für die Namensschilder genutzt.

Anreise

Das World Conference Center Bonn (ehemaliger Bundestag) überzeugt durch eine zentrale Lage sowie seine gute Anbindung an den ÖPNV. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung wurden die Teilnehmenden auf die Möglichkeiten der umweltfreundlichen Anreise aufmerksam gemacht.

Die Online-Registrierung bot auch in diesem Jahr die Möglichkeit, die Anreise der Teilnehmenden vorab abzufragen. Insgesamt beteiligten sich 310 Personen an der Umfrage. Sie machten folgende Angaben zum voraussichtlich genutzten Verkehrsmittel und der Reisedistanz (wobei die Reisedistanz nicht von allen ausgefüllt wurde):

- Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: 203 Personen, 64,9 % der Teilnehmenden (insgesamt ca. 31.440 km, durchschnittlich 156 km)
- Anreise mit Pkw: 65 Personen, 20,6 % der Teilnehmenden (insgesamt ca. 7.961 km, durchschnittlich 122 km)
- Anreise mit Fahrrad: 35 Personen, 11 % der Teilnehmenden (insgesamt 398 km, durchschnittlich 11 km)
- Anreise zu Fuß: 7 Personen, 2,2 % der Teilnehmenden (insgesamt 12 km, durchschnittlich 1,7 km)

Namensschilder

Für die Namensschilder wurde ebenfalls umweltfreundliches Papier verwendet. Die Badges wurden am Ende der Veranstaltung von den Teilnehmenden zurückgegeben und können bei anderen Veranstaltung erneut genutzt werden. Dadurch wird unnötiger Plastikmüll vermieden.

Catering

Das Catering der 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung war auch in diesem Jahr saisonal und regional ausgerichtet. Alle Speisen und Getränke wurden in Bio-Qualität angeboten und sowohl der Kaffee als auch der Tee waren Fairtrade-zertifiziert. Das Catering bot verschiedene belegte Brötchen sowie zwei kalte Suppen und ein Kuchenbuffet. Alle Speisen waren vegetarisch und auch vegane Varianten wurden angeboten.

Emissionen

Alle entstandenen CO₂-Emissionen werden auf Basis der Bewertungsgrundlagen der EnergieAgentur.NRW zusammengetragen und unter Verwendung von CO₂-Zertifikaten kompensiert. Insgesamt belaufen sich die CO₂-Emissionen der 7. NRW-Nachhaltigkeitstagung auf 10,01 Tonnen. Die CO₂-Emissionen pro Teilnehmer liegen bei 25,03 Kilogramm.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fachliche Betreuung und Redaktion:

Referat VIII-3
Nachhaltige Entwicklung, Koordination Nachhaltigkeitsstrategie NRW, Umwelttrends
Schwannstraße 3
40476 Düsseldorf

Tagungsdokumentation und Redaktion:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation GmbH
Carola Dietz
Lisa Heinrich
Silja Mannitz
Heike Reinhold

Gestaltung:

CP/COMPARTNER Agentur für Kommunikation GmbH
Maike Kawik

Bildnachweis:

Bildnachweis: Reiner Zensen
Titel: © Oleg Saenko – istockphoto.com

Stand:

August 2019

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat VIII-3
Nachhaltige Entwicklung, Koordinierung
Nachhaltigkeitsstrategie NRW,
Umwelttrends
Schwannstraße 3, 40190 Düsseldorf
www.umwelt.nrw.de